

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 3. Januar 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsblätter mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Kurland, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Nummern über dem Namen 50 Pf. für wöchentliche und gewerkschaftliche Bekanntmachungen und Beschlüsse 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist die erste Nummer 20 Pf. (zweites und drittes Wort), jedes weitere Wort 10 Pf. (zweites und drittes Wort), jedes weitere Wort 5 Pf. (zweites und drittes Wort), jedes weitere Wort 5 Pf. (zweites und drittes Wort). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geschlossen.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Evangelische Bund und die Orthodoxen.

Der Zusammenschluß der Agrarkonservativen, einst die schärfsten Verfechter der orthodox-evangelischen Interessen und des immer mehr unter die Fuchtel der römischen Kurie geratenen katholischen Zentrums zu einer reaktionären Partei-Koalition treibt aus sich heraus gar seltsame Blüten. Das gegenseitige Paktieren und Verhandeln erfordert naturgemäß eine gewisse Rücksichtnahme auf die verschiedenen religiösen Anschauungen. Suchen die Konservativen die Hilfe und Unterstützung des Zentrums bei der Durchführung ihrer Machtpläne, so können sie nicht dieses selbe Zentrum dadurch fortgesetzt vor den Kopf stoßen, daß sie die Absichten und Forderungen der katholischen Kirche, d. h. des Vatikans und des von ihm abhängigen deutschen Episcopats, bekämpfen. Tatsächlich hat sich denn auch bei den beiden Partnern eine gewisse Tolerierung und Respektierung der gegenseitigen religiösen Anschauungen eingestellt. Am wenigsten nachgiebig erweist sich das Zentrum. Nicht nur deshalb, weil es sich als die stärkere, mächtigere Partei fühlt, ohne deren Unterstützung die Konservativen trotz ihrer Beherrschung des preussischen Verwaltungsapparates sofort politisch mattgesetzt wären, sondern auch, weil die die Zentrumsleitung beaufsichtigende katholische Hierarchie, die einen ganz anderen Machtfaktor darstellt als das protestantische Pastorentum, die Zentrumsgrößen viel fester an der Landare hat. Mag das Zentrum sich immerhin als interkonfessionelle Partei hinstellen und seine politische Unabhängigkeit von Rom betonen, so hat es doch bisher noch gegen keine der römischen Enghelken, Verfügungen, Befehle und Erklärungen sich aufzulehnen gewagt, so wenig auch diese manchmal in seine jeweilige Politik paßten. Höchstenfalls hat die Zentrumspresse, um den Widerspruch auf evangelischer Seite abzuschwächen, sich zu schlaun, den wichtigsten Teil der päpstlichen Kundgebungen geschickt verschleiernde Interpretationen verstanden. Ganz anders die evangelische Orthodoxie. Durch das Staatskirchentum korruptiert und völlig abhängig von den staatlichen Behörden, das heißt der diese Behörden bildenden konservativen Bürokratie, führt der größte Teil der orthodox-evangelischen Geistlichen sich als ein Stand von Staatsdienern, dessen spezielle Aufgabe es ist, die sogenannte staatliche Autorität und Jucht zu verteidigen, die staatliche Ordnung als gottgewollte heilige Weltordnung hinzustellen und den Massen die Unterwerfung unter diese Ordnung als Gewissenpflicht zu predigen. Kurz, die Herren haben gewissermaßen das Amt eines geistlichen Staatsdieners übernommen, der das Interesse seiner Auftraggeber, der konservativen Verwaltungsbürokratie, zu wahren hat. Beherrscht die römische Kurie und der Episcopat das Zentrum, so umgekehrt die konservative Partei die orthodox-evangelische Geistlichkeit. Deshalb brauchen die konservativen Parteileiter auch nicht jene fortwährende zarte Rücksicht auf ihre evangelische Geistlichkeit zu nehmen, wie die Zentrumsführer auf den katholischen Klerus.

Daraus erklärt sich, daß die größeren konservativen Blätter sich in den letzten Jahren eines zunehmenden Entgegenkommens gegen die römische Kirchenpolitik befleißigt haben und daß speziell die Deutsche „Deutsche Tageszeitung“, der natürlich aus wirtschaftspolitischen Gründen ganz besonders an der Aufrechterhaltung des konservativ-kerikalischen Bündnisses liegt, ein solches prächtiges Verständnis für kerikale Forderungen angeeignet hat, daß manche ihrer Nummern den Eindruck machen, als präparierte sich das Blatt auf den Uebergang in das ultramontane Lager.

In diesem Verhalten, den Gegensatz zwischen den evangelischen und katholischen Anschauungen im Interesse ihrer politischen Machtgehalte abzuschleifen, stoßen die konservativen Parteiführer aber auf den Widerstand eines Teils der liberalen Pastoren und des „Evangelischen Bundes“, der vor einem Vierteljahrhundert zur sogenannten Wahrung der evangelischen Interessen gegenüber dem Katholizismus oder, genauer gesagt, zur Bekämpfung der Lehre und Ansprüche Roms gegründet worden ist. Um alle „evangelischen Kräfte“ gegen Rom zu sammeln, nahm der Bund auch Anhänger der liberal-evangelischen Richtungen auf. Er hat sogar, obgleich er offiziell den Monismus bekämpft, jahrelang den Pfarrer Kraub geduldet und nichts dagegen getan, daß dieser noch im Jahre 1911 dem Ortsauschuß für die Hauptversammlung des Bundes in Dortmund als Mitglied angehörte.

Das hat von vornherein manche orthodoxen Pastoren und „Positiven“, die sich in ihrem Glauben und Streben dem katholischen Klerus weit näher verwandt fühlen als den kirchlich-liberalen und Monisten, zu Gegnern des Evangelischen Bundes gemacht — und diese Gegnerschaft hat sich natürlich in den letzten Jahren durch die inneren Kämpfe im evangelischen Lager noch beträchtlich verstärkt. Dennoch wagte man zunächst nicht öffentlich gegen den Bund vorzugehen. Nachdem aber das Verhältnis der Konservativen zu dem Zentrum sich seit den Reichstagswahlen im Januar vorigen Jahres immer zärtlicher gestaltet hatte und das Zentrum an der anti-kerikalischen Agitation des Evangelischen Bundes immer mehr auszuweichen fand, haben endlich die Orthodoxen unter kon-

servativer Führung einen Konfessionsbund gegründet, den „Deutsch-evangelischen Volksbund“, der seine Hauptaufgabe nicht mehr in der Bekämpfung des Ultramontanismus, sondern des „Unglaubens“, das heißt der kirchlich-liberalen Richtungen, erblickt. Für diesen agrarkonservativen Volksbund wird jetzt von den Orthodoxen mit aller Kraft agitiert. So veröffentlicht eine lange Reihe Pastoren, Superintendenten, Kirchenräte, Professoren, Schulleiter, Rittergutsbesitzer, Offiziere usw. ein Flugblatt, betitelt: „In Sachen des Evangelischen Bundes“, das den konservativen Blättern in Massen beigelegt und in dem offen zum Austritt aus dem Evangelischen Bund aufgefordert wird. Da dieses Flugblatt einen höchst interessanten Einblick in die religiöse und politische Gedankenwelt der orthodoxen Kreise bietet, wollen wir einige der markantesten Stellen wiedergeben:

„Auch die Stellung des Bundes zu den politischen Parteien muß schwere Bedenken erwecken. Gewiß darf er auch auf politische Stellungnahme da, wo die Wahrung evangelischer Interessen in öffentlichen Leben in Frage kommt, nicht verzichten, ebenso wenig aber sich von einer besonderen politischen Partei in Beschlag nehmen lassen bezw. den Einbruch erwecken, als ob er ihre Sonderinteressen anderen Parteien gegenüber zu den seinigen mache. Leider hat der Bund diese selbstverständliche Neutralitätslinie vielfach nicht innegehalten. Er hat offenkundig mehrfach die liberalen Parteien gegen die konservativen und kirchlich-sozialen unterstützt; er hat in den Fällen, in welchen die politische Taktik zugewandten Bündnissen mit dem Zentrum führte, sehr ungleiche Maßstäbe angewandt, indem er dasselbe Verhalten bei den rechtsstehenden Parteien verurteilte, bei den liberalen duldet; er hat neuerdings sogar darauf verzichtet, sich bei den liberalen Parteien über ihre Stellung zur Aufhebung des Jesuitengeetzes zu informieren und noch in manchen anderen Fällen eine Sinneigung zu bestimmten politischen Parteien an den Tag gelegt, die in gegenwärtiger Zeitlage doppelt auffällig genannt werden muß.“

Wenn solche Beschwerden gegenwärtig von Seiten des Bundes mit dem Vorwurfe beantwortet werden, man wolle ihn zu einem einseitigen „Richtungsvereine“ machen, so protestieren wir gegen diese Unterstellung, nicht minder aber auch gegen den jetzt offenkundigen Versuch, einer Richtung im Bunde Raum zu gewähren, für die das Evangelium, wie es Jesus gebracht und die Apostel bezeugt haben, nicht mehr existiert. Wir bedauern es auf das Tiefste, daß der Bund in dem großen Kampfe gegen die immer bedrohlicher anwachsende Macht antichristlicher Weltanschauung, eines von jeglicher göttlichen wie menschlichen Autorität sich los-sagenden Freidenkertums, wie eines das kirchliche Bekenntnis leugnenden glaubenszersetzenden Subjektivismus fast völlig verlagert. Wir protestieren dagegen, daß er die Tatsache des in Gottes Wort gebundenen und dadurch erst freien Gewissens oft genug zurückstellt gegenüber einer rein subjektiven, willkürlichen Gewissensfreiheit und dadurch dem kirchlichen Anarchismus und einer unevangelischen Emanzipation Waffen in die Hand gibt.

Wir sind der Ueberzeugung, daß der notwendige Geisteskampf zwischen den Prinzipien Roms und denen der Reformation weder die Bereitwilligkeit, mit friedfertigen katholischen Mitbürgern in Frieden zu leben, noch die Anerkennung dessen ausschließt, was beiden Konfessionen an christlichem Wahrheitsbesitz gemeinsam und von beiden gegen die Feinde alles christlichen Glaubens und aller christlichen Sittlichkeit gemeinsam zu verteidigen ist. Deshalb protestieren wir auch gegen eine bedenkliche Art der Kampfesführung, wie sie in den Kreisen eines dem Bunde nahestehenden freisinnigen Protestantismus gegen die katholische Kirche geübt wird und in dem Sage gipfelt: „Lieber rot als schwarz.“

Endlich legen wir entschiedenste Wertung ein gegen die Prokla, alle evangelisch-gläubigen Christen, die gewissenlos der Führung des Bundes nicht folgen können oder ihm gegenüber die Freiheit der Kritik in Anspruch nehmen, als verkappte Anklänge und Bundesgenossen des Ultramontanismus und der Jesuiten zu verdächtigen. Wir fühlen uns frei von jeder unevangelischen Sympathie für römisches Wesen und wissen auch, daß der Kampf gegen alte Irrtümer und neue Machtansprüche Roms in der evangelischen Kirche nie ruhen darf. Aber wir verlangen für diesen Kampf auf dem kirchlichen Gebiete festes Wurzel in vollen Evangelium, auf dem auferkirchlichen scharfe Unterscheidung zwischen den Prinzipien der Reformation und denen des modernen Unglaubens, in jedem Falle Juchhaltung der durch die evangelische Ethik gezogenen Schranken. Und wir sind der festen Überzeugung, daß für diesen wirklich „evangelischen“ Kampf gegen Rom, in dem wir uns von niemand an Vereinstätigkeit und Eifer übertraffen lassen werden, die gläubige evangelische Gemeinde sich das geeignete Organ (etwa in dem trüglichen aufstrebenden „Deutsch-evangelischen Volksbunde“ oder einer ähnlichen Vereinigung) ohne Schwierigkeit wird schaffen können, sobald nur erst das Rog zerissen ist, in dem heute der Liberalismus unter der Firma des Kampfes gegen den „Ultramontanismus“ und „Klerikalismus“ einen großen Teil der deutsch-evangelischen Christen an sich gefesselt und sich zu Diensten hält. Noch wichtiger aber freilich als der Kampf gegen irgendwelche noch so

irrtümliche Form des christlichen Glaubens ist uns der Kampf gegen den ausgesprochenen Unglauben, der in der Gegenwart kein Valtieren, Verweisen oder Verschleiern, keine bloße Politik des Lavierens und daher auch keinen „evangelischen Bund“ mehr erträgt.

Trotz aller frommen Phrasen ist klar ersichtlich, was die „Positiven“ dieser Gattung, dem Evangelischen Bund vorwerfen und was sie wollen. Ihnen gilt es als eine Verfühlung des Bundes, daß er nicht unbedingt in allen Fällen die konservativen und kirchlich-sozialen Parteien unterstützt, sondern hin und wieder mit dem Nationalliberalismus geliebäugelt hat, und daß er ferner den Kampf gegen die römische Machtpolitik für wichtiger hält, als den Kampf gegen die kirchlich-liberale Richtung in eigenen Lager. Nach den wirren Begriffen dieser Gattung der „Positiven“ ist solches Verhalten völlig unevangelisch. Das richtige Verständnis des Evangeliums erfordert vielmehr, daß sich der „evangelische Christ“ unbedingt und für alle Fälle in den Dienst der konservativen Parteien stellt; und daß er ferner den Kampf gegen den sogenannten kirchlichen Liberalismus energisch und rücksichtslos, gegen den Ultramontanismus aber milde und sanft, innerhalb „der durch die evangelische Ethik gezogenen Schranken“ führt.

Besser als durch dieses von so vielen Größen der evangelischen Orthodoxie unterschriebene Flugblatt kann der Beweis gar nicht geführt werden, daß diese Orthodoxie in ihrer Mehrheit nichts anderes ist als eine Hilfsarmee der Konservativen, eine Art geistlicher Staatspolizei, die sich selbst die schöne Aufgabe vindiziert, durch ihre Einwirkung auf religiöse Gemüter jede Auflehnung gegen die politische Herrschaft niederzuhalten. Weil es heute im Interesse dieser Herrschaft liegt, daß die konservativ-kerikale Freundschaft nicht durch religiöse Gegensätze zerstört wird, deshalb soll der alte traditionelle Kampf der Geschietten gegen die Geschorenen gedämpft und hübsch „ethisch“ geführt werden. Für den Kampf gegen den liberalen Unglauben ist natürlich solche „Ethik“ überflüssig.

Die Herren Orthodoxen lieben es, obgleich sie zumeist für hohe Gehälter und einen gutbefestigten Tisch ein sehr ausgeprägtes Verständnis haben, über die Erstüfung des Glaubensidealismus durch den Materialismus, unter dem sie gewöhnlich lediglich die Freß- und Genußsucht verstehen, zu jammern. Hier aber erweisen sie sich sogar bereit, zugunsten der materiellen Interessen der Agrarkonservativen — dem um die Aufrechterhaltung der heutigen Wirtschaftspolitik und der Nachstellung der Konservativen handelt es sich in letzter Linie — auf den seit Jahrhunderten betriebenen „heiligen“ Kampf gegen „Roms Annahmung“ zu verzichten oder ihn wenigstens entsprechend den konservativen Bedürfnissen zu temperieren. Und wenn dann selbst den Einseitigen im Geiste diese ethischen Qualitäten unserer Orthodoxie in die Nase stecken und sie sich von diesen Parteihütern des reinen Evangeliums verächtlich abwenden, dann lamentieren diese „ideal“ veranlagten Herren gar noch über die ethische Verderbnis unserer Zeit.

Volksbetrüger oder Idioten.

Aus Saarbrücken wird uns geschrieben:

„Wer behauptet, daß der letzte Bergarbeiterstreit nach gewerkschaftlichen Grundätzen geleitet wurde, ist entweder ein kompletter Volksbetrüger oder ein gewerkschaftlicher Idiot.“

Siehebergt auf dem Gewerkeverein Kongress in Dresden 1912 über den Märzstreik im Ruhrgebiet.

Wegen der leidenschaftlichen Proteste der plötzlich ihre Pappenhelmer erkennenden Bergmannsdelegierten konnte die am Sonntag, den 29. Dezember, in Saarbrücken zusammengetretene „Revierkonferenz“ des Christlichen Gewerkevereins zu keinem Resultat kommen. Zwar verbreitete ein Blatt die Mitteilung, eine gegen den Streikbeginn am 2. Januar gerichtete Resolution sei schon angenommen. Aber diese Nachricht ist nur eine ultramontane Lüge. Die Gewerkevereinsführer sahen sich außerstande, am Sonntag ihren Willen durchzusetzen. Stürmisch wurden die „stürmerprobten“, „berühmten Kämpfer“ (so lassen sich die Gewerkevereinsgeneräle von ihrer „Saarpost“ feiern) unterbrochen von den erregten Bergarbeiterdelegierten. Bis in die letzten Tage hinein hatte man den Zweifelnden versichert, die Behauptung, es wäre dem Gewerkeverein nicht ernst mit dem Streikbeschlusse, sei „eine sozialdemokratische Verleumdung!“ Und nun hörten die befürzten Arbeiter aus dem Munde der „stürmerprobten, berühmten Kämpfer“ selbst, daß die angebliche „sozialdemokratische Verleumdung“ die volle Wahrheit sei! In dem Versammlungssaal sind wohl noch in solche leidenschaftlichen Entrüstungsausbrüche gehört worden. Dutzende von Delegierten meldeten sich höchst erregt zum Protest; schon nachdem einige gesprochen, merkten die Gewerkevereinsführer, daß sie unter solchen Umständen nicht zu dem gesteckten Ziel: Einsetzen, Dummreden der Arbeitervertreter, kommen würden. Ueber 30 Redner waren noch eingezeichnet, noch immer meldeten sich neue. Nur den Rednern für Aufrechterhaltung des Streikbeschlusses wurde stürmisch zugestimmt. Da vortagten die „berühmten, stürm-

erprobten Kämpfer" die Versammlung auf Montag früh 10 Uhr und setzten sich zu einem geheimen Kriegsrat zusammen. Die Creme der M. Gladbacher Gewervereinsführer nahm daran teil, der „schlaue Diplomat“ Adam Stegerwald, der unvergleichliche, herrliche Sohn von Strahlen, Johann Giesberts, die beiden „stürmerproben“ Imbusch, der imponierende, energische Gewervereinsführer“ Johann Effert und wie sie sich alle nennen lassen, diese edlen Fruchtsäen der M. Gladbacher Jesuiten-Hochschule. Sie berieten insgeheim, wie sie die Bewegung trotz des heftigen Widerstandes der Arbeiter abmurksen könnten. Die „schlaue Opportunisten“ flügelten denn auch ein jesuitisches Verfahren aus, mit dessen Hilfe am Montag zur größten Verblüffung der Arbeitervertreter eine Mehrheit von 250 gegen 100 — für einen „Waffenstillstand“ „festgesetzt“ wurde. Stegerwald war der „Feststeller“. Als die „Feststellung“ geschehen, war einen Moment lang alles still, dann aber brach ein Wutsturm sondergleichen los! Schreiend forderten die Delegierten einen anderen Abstimmungsmodus, weil der geübte die Meinung der Versammlung nicht zum richtigen Ausdruck bringe und viele Delegierten die langatmige „Erklärung des Waffenstillstandes“ nicht verstanden hätten. Mit eiserner Stimm wiesen die Gewervereinsgeneräle das Begehren der Arbeiterdelegierten ab. „Wie ein Fels in der Brandung stand die Zentralkommission“, schildert die „Stölnische Volkszeitung“ begeistert diese Szene. Sie erzählt aber nicht, daß dann Ausbrüche der Wut, der Empörung, der Verzweiflung folgten, die den unvergleichlichen Gewervereinsgenerälen, wenn sie empfunden haben, was sie angerichtet, die unaussprechliche Vergeltung ahnen lassen konnten. Ergraute Knappen weinten wie die Kinder! In leidenschaftlicher Erregung drängten zahlreiche Delegierte zu dem Platz, wo ihre „Führer“ sich zusammengebrängt hatten. „Lumpen!“, „Spitzhüben!“, „Arbeiterverräter!“, „Heraus mit Euch Verrätern!“ — so heulte es durch den Saal. Männer, die im Verein als die rührigsten Agitatoren für den „Christlichen Gewerbeverein“ bekannt sind, Zahlstellenvorsitzende, Arbeiterauschuhmitglieder und Sicherheitsmänner erklärten sofort ihren Austritt aus dem Verein, andere meldeten sogleich ganze Zahlstellen ab. „Wir zahlen keinen Pfennig mehr für Euch!“, „Keinen Mann werdet Ihr behalten!“, „Run ist die Geschichte aus!“ Solche und viel erbere Jurufe bekamen die unvergleichlichen Gewervereinsgeneräle aus der sie umtobenden Brandung zu hören. In fürchterlicher Aufregung ging die Delegiertenversammlung auseinander.

Bei einem zum Schluß auf die Einigkeit im Gewerbeverein ausgebrachten Hoch blieb ein Teil der Versammlung sitzen, schreibt verächtlich selbst die „Stölnische Volkszeitung“. Damit läßt sie mehr von dem beispiellos tumultuarischen Verlauf dieser denkwürdigen Abmursungskonferenz ahnen, wie den Nachern lieb sein dürfte. Als die von den Gewervereinsstrategen vorgeschlagene zwölfgliedrige „Ueberwachungskommission“ (sie soll beobachten, ob die „Versprechungen“ erfüllt werden, andernfalls soll „ein neuer Kampf entbrennen“) gewählt werden sollte, weigerte sich ein großer Teil der Delegierten, diese Komodie auch noch mitzumachen. Die „Ueberwachungskommission“ konnte also nicht vervollständigt werden. Im Revier finden die Nachspiele statt. Aus den Bergmannsorten laufen soeben Nachrichten ein, wonach die Arbeiter ungeheuer aufgeregt sind und ihrer Wut gegen die „stürmerproben Führer“ mit Worten Ausdruck geben, die wir hier nicht wiedergeben können. Die unvergleichlichen Staatsmännchen Stegerwald und Giesberts dürfen mit dem Bewußtsein heimfahren, daß sie im Saargebiet statt des „solzen Gewerbevereins“ einen schwelenden Trümmerhaufen zurücklassen. Dieser Ausgang ist erfreulich, schreibt die „Stölnische Volkszeitung“ in ihrem Artikel zum Ruhme der neuen „gewerkschaftlichen Verdienste“ ihrer Lieblinge.

Woher die Wut der sonst so geduldbigen Saarbergleute gegen ihre „Führer“? Weil diese ein frevelhaftes Spiel mit den gutgläubigen Vätern gespielt haben! Bis zum letzten Tage hat man sie, wenn andere an dem Ernst des Streikbeschlusses vom 15. Dezember zweifeln, in Versammlungen und in dem Publikationsorgan der M. Gladbacher, der „Saarpost“, belehrt: wer an dem ersten Willen des Gewerbevereinsvorstandes zweifle, den Streikbeschuß, sollten keine bindenden Zusicherungen kommen, durchzuführen, der sei ein Verleumdung einer ehrlichen Arbeiterorganisation.“ Es ist selbstverständlich, daß eine Arbeiterorganisation, wenn sie vor, und noch mehr, wenn sie schon in einem Kampfe steht, die Launen durch kräftige Agitationsmittel aufweicht, dem Gegner durch mutiges Auftreten imponieren muß. Von diesem Gesichtspunkte aus wäre die von dem M. Gladbacher Gewerbevereinssekretär Steger am 16. Dezember in Wittlingen gehaltene Rede zu bewerten. Er sagte nach der „Saarpost“ vom 17. Dezember u. a.:

„Schwarze Gedanken seien nicht am Plage. Die Konjunktur sei geradezu brillant. Fast alle Verhältnisse seien für die Saarbergleute so günstig, wie man sie sich nur wünschen könne. Nur die Einigkeit sei erforderlich. Sei diese da, dann komme alles andere von selbst, dafür würde der Gewerbeverein schon sorgen. Man solle sich ein Muster nehmen an dem Verhalten der 350 Delegierten auf der Revierkonferenz des Gewerbevereins. Wenn auch ein Teil der Delegierten die Ansicht vertreten hätte, sofort in den Zustand zu treten, so seien sie schließlich doch bereit gewesen, dem Auslande eine Kündigung voranzugehen zu lassen. Sie haben ein erhebendes Bild von Einigkeit und Mut gegeben. Einstimmig und mit brausendem Volkseifer habe man beschlossen, am Mittwoch, den 18. d. M., durch die Arbeiterauschüsse die Kündigung einreichen zu lassen. Jetzt habt Ihr zu entscheiden, ob Ihr gewillt seid, diesen Beschluß in die Tat umzusetzen, ob Ihr mit dem gefassten Beschluß, am 2. Januar in den Streik zu treten, einverstanden seid und ob Ihr den Arbeiterauschüssen damit beauftragen wollt, für Euch die Kündigung einzureichen. Ein gewaltiges, fast widerhallendes „Jawohl!“ war die Antwort auf diese Frage. Dann fuhr der Redner fort: Ihr sagt: „Jawohl!“ Seid Ihr Euch der Bedeutung des ersten Schrittes, den Ihr zu tun gedenket, auch voll und ganz bewußt? Wiederum ein ebenso starkes „Jawohl!“ war die Antwort. Es handelt sich um das Glück Eures Standes, das Glück Eurer Familien, Eurer Frauen und Kinder, also das Liebste, was Ihr auf Gottes Erde habt. Aber ich sehe es Euch an, Ihr wollt keine Verräter werden, Ihr wollt kämpfen auch den letzten Kampf, den man Euch aufzuzwingen hat. Ihr wollt mit Recht höhere Löhne, damit Ihr Euch und Eure Familien ernähren und freie Männer bleiben könnt. Run, gut; dann nehmt sogleich die Resolution, die wir Euch vorschlagen, einstimmig an, tretet

am 2. Januar wie ein Mann in den Zustand und sorgt dafür, daß der letzte Kamerad sich dem Gewerbeverein anschließt. Verlasse keiner Kameraden, der ihm in dieser Bewegung und vor Ausbruch des Abwehrstreiks beitrifft, Streikunterstützung. (Starkes Bravo.) Sorgt für Einigkeit und Disziplin, dann wird der Sieg Euer sein. (Stürmisches, langanhaltendes Bravo, wie es nur aus begeisterten Herzen kommen kann, und wie es der große Kaiserlaal wohl kaum je hörte, folgte den tiefen Eindruck machenden Ausführungen.)

Aus diesem Bericht des M. Gladbacher Organs geht hervor, daß Gewerbevereinssekretär und Zentralkomitee-Mitglied Steger die Bergleute ausdrücklich mit Berufung auf ihre Ehre verpflichtet hat, am 2. Januar in den Zustand zu treten. Das ist in den 14 Tagen vor dem 29. Dezember in Hunderten von Versammlungen geschehen, wo die Gewerbevereinsgeneräle Effert, Imbusch, Kuhnen, Rürup, Fiege, Steger u. v. als Referenten auftraten. Unsere Anzeigefelung der Kampfabstimmung wurde stets mit den stärksten Ausdrücken („Verleumdung“ usw.) zurückgewiesen. Schon vor Weihnachten hatten die Zentralkomitee-abgeordneten Köhmann, Imbusch, Staiffalter und der unerhört berühmte Generalsekretär Abg. Behrens stundenlang Konferenzen mit dem Minister in Berlin; am 23. Dezember konferierte der Abg. Daffermann mit der Bergwerksdirektion in Saarbrücken und noch am selben Tage, spätestens am 24. wurden die „neuen Zugeständnisse“ bekannt, die am 29. zum Abmursken der Bewegung herhalten mußten. Und noch am 28. Dezember verbreitete die ultramontane „Erfener Volkszeitung“ folgendes Telegramm:

M. Saarbrücken, 27. Dezember 1912. (Telegr.) Die gestern im Revier abgehaltenen 20 Delegierten-Versammlungen hatten überall guten Besuch aufzuweisen. Von einem Wanken der Streikstimmung war in diesen Versammlungen noch wenig zu spüren. Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter, wenn er jetzt von dem Streik zurücktreten sollte, würde schlecht dabei abschneiden. Freie Gewerkschaften und Berliner Facharbeiter haben die Ansicht verbreitet, als sei es der christlichen Gewerkschaft nicht Ernst mit einem Streik. Der Gewerkschaftsführer Abg. Imbusch protestierte gegen eine solche Verdächtigung ausdrücklich und betonte, durch sein bisheriges Verhalten sei wohl bewiesen, daß es mit der Bewegung Ernst sei.“

Also noch am 26. Dezember, nachdem die „neuen Zugeständnisse“ den Gewerbevereinsführern tagelang bekannt waren, traten sie in 20 Versammlungen vor die gutgläubigen Saarbergleute hin, feuerten sie an, am 2. Januar in den Zustand zu treten und speziell der Abgeordnete Imbusch, von dem obiges Telegramm höchstwahrscheinlich stammt, „protestierte“ noch gegen die „Verdächtigung“, dem Gewerbevereinsvorstand sei es mit seiner Agitation für den Streik nicht ernst gemeint! Und es waren doch schon die Rollen vertauscht für den Schlußakt der Tragikomödie am 29. Dezember. Der selber schon ähnliche Situationen wie die, in der sich die Gewerbevereinsführer seit Anfang Dezember befanden, als Gewerkschaftsleiter mitgemacht hat, weiß, daß es öfter nicht angängig ist, vor der Tagung einer entscheidenden Konferenz den eventuellen Abbruch einer Bewegung öffentlich zu erörtern. Aber es ist nicht zu rechtfertigen, wenn man, wie die „christliche“ Gewerbevereinsleitung im Saargebiet, schon die feste Absicht hat, es nicht zum äußersten kommen zu lassen, doch noch die Anhänger in dem Glauben erhält, mit den radikalen Kampfanlagen gegen den Unternehmer sei es auch der Organisationsleitung ernst.

Die Balkankrise.

Ein Fortschritt in den Friedensverhandlungen.

London, 1. Januar. Die Friedenskonferenz hat sich heute nach einer Sitzung von 4 Stunden Dauer auf Freitag nachmittag vertagt. Man glaubt, daß ein erheblicher Fortschritt erzielt worden ist.

Nach einer offiziellen Mitteilung hat die Konferenz über gewisse Punkte eine Einigung erzielt; die Besprechung gewisser anderer ist auf Freitag vertagt worden. Das Reutersche Bureau erzählt, daß die Delegierten der Balkanstaaten in der Zwischenzeit über diese letzten Punkte verhandeln werden.

Der Verlauf der Konferenz.

London, 1. Januar. Im ersten Teil der heutigen Sitzung führte der griechische Ministerpräsident Venizelos den Vorsitz. Die Verhandlungen wurden dadurch eingeleitet, daß Reschid Pascha die türkischen Gegenvorschläge verlas und sie darauf schriftlich unterbreitete. Sie lauten:

1. Die Türkei tritt alles Gebiet westlich des Wilajets Adrianopel ab.

2. Albanien wird autonom. Die Bestimmung seiner Grenzen und seiner politischen Verfassung wird den Großmächten überlassen. Diesem Punkte stimmten die Verbündeten zu.

3. Hinsichtlich des Wilajets Adrianopel schlägt die Türkei vor, mit Bulgarien wegen der Feststellung der türkisch-bulgarischen Grenze allein zu verhandeln.

Auf den dritten Punkt der türkischen Vorschläge erwiderten die Verbündeten, daß alle Verhandlungen mit den Verbündeten zusammen geführt werden müßten. Die Türken erklärten sich dann damit einverstanden, daß die Verhandlungen so geführt würden.

4. Hinsichtlich Kreta wiesen die türkischen Vorschläge darauf hin, daß es sich empfehlen würde, bevor man eine Entscheidung treffe, die Mächte um ihre Meinung zu befragen, da die Insel den Mächten ins Depot gegeben worden sei. Die Verbündeten antworteten, daß sie sich selbst an die Mächte wenden würden. Jetzt verlangten sie, daß die Türkei alle Rechte auf Kreta bestimme.

5. Bezüglich der ägäischen Inseln erklärten die Türken, daß diese zu Kleinasien gehörten; folglich könnten sie keine einzige von ihnen abtreten. Die Verbündeten erwiderten, daß sie auf der Abtretung der Inseln bestehen müßten. Im Verlaufe der Debatte über Adrianopel sagten die Vertreter der Balkanstaaten, daß die türkischen Mitteilungen über die Feststellung der Grenze zu unbestimmt seien, und ersuchten die Türken, in der nächsten Sitzung eine Vande-karte vorzulegen, welche die vorgeschlagene Grenzlinie zeigen solle. Reschid Pascha erklärte dann, er würde weitere Instruktionen von Konstantinopel erhalten.

Die türkischen Vorschläge.

London, 2. Januar. Die fünf Punkte der türkischen Vorschläge, die gestern vorgelegt wurden, bilden ein einziges untrennbares Ganzes. Was die Gebietsabtretungen betrifft, so bezogen die türkischen Vorschläge, daß die Türkei

bereit sei, alles okkupierte Gebiet westlich vom Wilajet Adrianopel an die Verbündeten abzutreten.

Die Antwort auf diesen Vorschlag hatte folgenden Wortlaut: Die Verbündeten nehmen Kenntnis von der Abtretung der Gebiete, die westlich vom Wilajet Adrianopel gelegen sind, unter der bestimmten Bedingung, daß diese Abtretung nicht nur auf die okkupierten, sondern auch auf die Gebiete sich bezieht, die noch nicht vollständig okkupiert sind.

Verständlichere Stimmung.

London, 1. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die heutige Sitzung der Friedenskonferenz war im allgemeinen dadurch gekennzeichnet, daß die Sprache der osmanischen Delegierten viel verständlicher war. Zu den Forderungen betreffend die ägäischen Inseln sagten die Türken, die Türkei sei bereit, mit den Großmächten über jene Fragen zu verhandeln, die auf sie Bezug hätten. Als die Balkanlegierten fragten, was die Türken mit diesen Fragen meinten, antworteten die Türken, sie bezögen sich auf die Reformen, die dort eingeführt werden sollten. In den Kreisen der Balkanlegierten hat dies den Eindruck erweckt, daß diese sogenannten Reformen eine Art Autonomie für jene Inseln bedeuten dürften, obgleich ein Kompromiß nicht unwahrscheinlich ist, und zwar in dem Sinne, daß einige Inseln an Griechenland abgetreten werden könnten, während der Rest türkisch bleiben sollte. In den Kreisen der Balkanvertreter gab man der Zufriedenheit mit den Ergebnissen der heutigen Sitzung Ausdruck.

Eine Aeußerung des bulgarischen Vertreters.

London, 2. Januar. Ein Vertreter des Reuterschen Bureaus hatte eine Unterredung mit Dr. Danew, der erklärte, daß sich die Lage gestern nicht so sehr gebessert habe, wie einige Personen anscheinend glauben. Wir erwarten, sagte er, morgen in der Sitzung die neue Karte bezüglich Adrianopels. Wenn wir finden, daß diese Karte nicht den Bedingungen der Verbündeten entspricht, so werden die Verhandlungen abgebrochen werden. Wir werden auch auf den die Inseln betreffenden Bedingungen bestehen bleiben.

Zusammentritt der Botschafter.

London, 2. Januar. Die Reunion der Botschafter hat heute nachmittag im Auswärtigen Amt unter dem Vorsitz von Sir Edward Grey ihre Sitzungen wieder aufgenommen.

Zur albanischen Frage.

Wien, 2. Januar. (Meldung des Wiener K. K. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Die Nachricht, daß über die Frage der Abgrenzung Albanien zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien Verhandlungen schweben und erst nach ihrer Beendigung die Botschafter daran gehen, sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen, wie von informierter Stelle versichert wird, der Begründung. Oesterreich-Ungarn und Italien sind von Anfang an über alle Albanien betreffenden Fragen einig gewesen. Wohl findet ein intimer Meinungsaustausch über alle Fragen zwischen den Dreibundmächten, also auch zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien, unausgesetzt statt, allein alle daran geknüpften speziellen Kombinationen werden für hinlänglich bezeichnet und sind nur in die Reihe der Verluste zu rangieren. Meinungsverschiedenheiten zwischen den Dreibundmächten als bestehend zu fingieren. Ebenso unzutreffend ist die Nachricht von Verhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland, die sich auf militärische Vorlesungen der beiden Staaten beziehen sollen.

Rumänien und Bulgarien.

Bukarest, 1. Januar. Gestern ist hier die amtliche Mitteilung der bulgarischen Regierung eingetroffen, daß Präsident Danew Vollmacht habe, mit dem rumänischen Gesandten in London, Mischu, über die zwischen beiden Ländern schwebenden Fragen zu verhandeln und diese zum Abschluß zu bringen. Damit ist die Angelegenheit in jene Phase getreten, die von Rumänien bereits nach Einstellung der Feindseligkeiten gewünscht worden ist.

Die Verpflegung Adrianopels.

Sofia, 2. Januar. Die Bulgarische Telegraphenagentur meldet, daß die Nachricht, die türkische Regierung sei ermächtigt worden, Lebensmittel nach Adrianopel zu senden, erfunden sei. Auf das Gesuchen Nazim Paschas seien lediglich einige Kisten des roten Kreuzes mit Heilmitteln auf einem bulgarischen Eisenbahnwagen und unter der Obhut eines bulgarischen Arztes aus Wadschschelof nach Adrianopel durchgelassen worden.

Der serbisch-italienische Zwischenfall.

Rom, 1. Januar. Die Agenzia Stefani meldet aus Belgrad: Der italienische Geschäftsträger hat bei der serbischen Regierung wegen der Haltung des serbischen Kommandanten von Durazzo gegenüber dem italienischen Dampfer „Caprica“ Beschwerde erhoben. Ministerpräsident Gasich erwiderte: Er habe unverzüglich Nachrichten hierüber eingefordert und behalte sich seine Antwort bis zu deren Eintreffen vor.

Kämpfe vor Skutari.

Konstantinopel, 2. Januar. Die Blätter melden einen neuen Erfolg der Türken vor Skutari. Die Montenegriner wurden danach unter großen Verlusten zurückgeworfen und liegen zwei Geschütze in den Händen der Türken. 300 Montenegriner wurden zu Gefangenen gemacht. Auf türkischer Seite wurden drei Mann getötet und 45 verwundet.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Januar 1913.

Keine Erbschaftsteuer.

Am 4. Januar werden in Berlin die Finanzminister der Einzelstaaten eine Konferenz abhalten. Nach einer Meldung, die anscheinend von unterrichteter Stelle ausgeht, wird dieser Konferenz der Entwurf einer Erbschaftsteuer nicht vorgelegt werden; das Preussische Staatsministerium hat sich vielmehr für eine Vermögenszuwachssteuer entschieden, und man rechnet damit, daß sich hierfür eine große Mehrheit im Bundesrat ergeben wird. Der Reichsminister selbst wird die Verhandlungen leiten.

Oktavio Preiser v. Jedlich und Reufkirch spricht hierüber in der „Post“ seine Genehmigung aus:

„Vorzugsweise kann nur eine solche Form der Besteuerung gewählt werden, für welche man in Reichweite mit einer Mehrheit aus den bürgerlichen Parteien rechnen kann und nicht auf die Unterstützung der Sozialdemokraten angewiesen ist. Für eine Vermögenszuwachssteuer können aber recht häufig sowohl die Liberalen wie die Rechtsparteien stimmen. Ihre Durchführung würde in Preußen, wo bereits mit einer Ergänzung eine nach dem Vermögen bemessene Steuer besteht, keine erheblichen Schwierigkeiten verursachen.“

Aber nicht nur die geplante Erbschaftsteuer ist dem Freiherrn H. Joditz ein Dorn im Auge, sondern auch die unglückliche Wertung des alten Lied, das nach seiner Ansicht wieder beseitigt werden müsse. Es ist ja das alte Lied, das hier wieder angestimmt wird: Keine Steuern, die die Junker bedrücken könnten!

Mit Gott und König für die Junker!

Das ist die Quintessenz eines überaus frommen, königstreuen und patriotischen Artikels, mit dem Herr Dertel in dem Agrarierblatt das neue Jahr eingeläutet hat. Herr Dertel war, bevor er kommandierender General der Presse wurde, höherer Schulmeister, und so beginnt er denn seine theosophisch-monarchisch-patriotische Festbetrachtung mit einer Referat seiner Philosophie. „Als jovo principium! Mit Gott den Anfang! hatten schon die alten Römer gesagt. Das aber war natürlich mit einer inhaltstheoretischen Redensart oder bestenfalls eine vage Ahnung dieser in geistiger Finsternis irrenden Heiden. Den richtigen Glauben kriegen eigentlich erst die Preußen, und hätte Preußen 1818 nicht der Fahrenspruch „Mit Gott“ vorangeleuchtet, so wäre ihm damals am Ende die Fürstenbefreiung (die schließlich als Frucht des so begehrten für die deutsche Freiheit und Einheit geführten Krieges übrig blieb!) nicht gelungen.

Mit Gott ist aber erst der Auftakt. Das zweite Glied ist einzuflügen und dann heißt der Satz: Mit Gott für den König. Denn: „Das deutsche Volk ist für die Königstreue geboren. Die Königstreue ist ein Teil seines Wesens, seiner Art.“ So etwas bringt der ehemalige Philologe frisch, fromm, fröhlich zu Papier, trotzdem er ganz genau weiß, daß die germanischen „Altvordern“ eigentlich nur einen Kriegsführer mit recht begrenzten Vollmachten wählten und als freie Männer — weit entfernt davon, in Demut und Ehrfurcht zu erstehen — ihren Kopf gar hoch trugen. Und daß im ganzen Mittelalter das Streben des Hochadels gerade darauf gerichtet war, die Königswürde zum Schattenlum herabzubringen und die Macht des fürstlichen Landesherren auf Kosten des deutschen Kaisers immer weiter auszubehnen, ist ihm sicher ebenlogisch bekannt. Nicht minder, daß das preussische Königtum gerade aus dieser höchst antimonarchischen Rebellion der preussischen Landesfürsten hervorgegangen ist. Aber solch historische Strupel behelligen einen Dertel verteuert wenig; er besteht einfach, daß das deutsche Volk zur Königstreue geboren sei und daß vornehmlich das zum größten Teil zusammeneroberte und annektierte „preussische Volk“ nichts sei ohne die Königstreue.

Um das schöne Sprüchlein aber runden, kriegt es noch sein drittes Glied und heißt nun: „Mit Gott für König und Vaterland.“ Vaterlandslosigkeit ist nach deutscher Auffassung immer das größte Übel und die schlimmste Schande gewesen.“ „Immer“, sagt Herr Dertel, der Geschichtskenner. Dabei ist ihm sicherlich kein Geheimnis, wie gerade aus brandenburgische Kurfürsten die deutsche Kaiserwürde gegen Gold und sonstige Vorteile an den König von Frankreich zu verschleiern versuchten! Aber Herr Dertel versteht unter Vaterland zudem etwas ganz Besonderes. Nicht das Volk, sein Wohl und Wehe, seine Ideale und seine Sehnsüchte, sein Wollen und Streben ist ihm das deutsche Vaterland, sondern der enge Kreis und die armelige Interessen- und Geistesphäre des preussischen Konservativismus, des agrarischen Junkertums! Schleicht doch sein patriotischer Silberstern gar prosaisch mit der Aufforderung zu einer junkerfreundlichen Abstimmung bei den Landtagswahlen 1913! So lautet denn sein religiös-patriotisches Sprüchlein dem Sinne nach nicht „Mit Gott für König und Vaterland“, sondern „Mit Gott und König für die Junker.“

Wenn Herr Dertel in Wahrheit an seine eigenen Phrasen glaubte, würde er kein so fanatischer Gegner eines wirklich freien und gleichen Wahlrechts für das preussische Volk sein. Seine Begeisterung für das elendeste aller Wahlsysteme straft sein geschwollenes Pathos jämmerlich Lügen!

Der Vierundneunzigste.

Zur Karte werdende Minister sind in Deutschland Verhältnismäßig selten. Der eigentliche Ministerverbrauch hat seine Ursache in der häufigen Anstellung der Reichsminister durch Wilhelm II. Deutschlands dritter Kaiser hat mit Adeleren-Waechter den vierundneunzigsten Minister ernannt. Jetzt kommt der Fünftundneunzigste daran. Wie wir schon sagten, liegt der starke Ministerverbrauch der deutschen Regierung im wesentlichen an rasch wechselnden öffentlichen Bedürfnissen. Wilhelm II. feiert demnach sein 25jähriges Regierungsjubiläum, bis dahin kann gut und gern mit hundert Ministern gerechnet werden, die verbraucht wurden. Das ist pro Jahr vier Stück. Die Dienstmädchen, oder richtiger, die Köchinnen der deutschen Steuer- und Reichspolitik scheinen wirklich nicht allzubiel zu laugen.

Unter Beihmann Hollweg ist Adeleren-Waechter der erste Minister, der sein Amt verläßt. Adeleren-Waechter und auch der Kultusminister Holle schieden durch Tod aus. Von wegen der „Homogenität“ Hogen Kriegsminister von Einem, Kolonialsekretär Dernburg, Kolonialsekretär von Indequist, Minister des Innern von Nolke, Landwirtschaftsminister von Armin, Finanzminister von Rheinbaben, Minister des Auswärtigen von Schoen, Justizminister Nieberding und Reichssekretär Wermuth.

Wohlfahrtige behaupten, daß Beihmann Hollweg sich seit vorgenommen hat, als Hundertster zu fliegen.

Neue Forderungen der preussischen Eisenbahnverwaltung.

Große Verkehrsstörungen waren in den letzten Monaten infolge Mangels an Eisenbahnmateriale in den Bergwerkdistricten Rheinland-Westfalens zu verzeichnen. Diese Störungen will die Eisenbahnverwaltung dadurch beseitigen, daß sie in einem Richtungsbesatz 60 Mill. M. verlangt zur Fahrzeugvermehrung und zur Herstellung von über 300 Kilometer weiterer Rangier-, Ueberholungs-, Lade- und Aufstellgleisen in jenen Directionsbezirken, in welchen sich die Schwierigkeiten in der Abwicklung des Verkehrs ergeben haben.

Vom Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden.

In Schwarzburg-Rudolstadt wird gewählten Schultheißen oder deren Stellvertretern, die sich zur Sozialdemokratie bekennen, von den Behörden resp. von der Regierung konsequent die Bestätigung verweigert. Das war schon vor mehreren Jahren der Fall, als man den Landtagsabgeordneten Genossen Fröscher in König nicht bestätigte. Jetzt hat sich wieder in Grünau ein ähnlicher Fall abgespielt. Dort wurde vom Gemeinderat der Glasbläser Hermann Müller, der ebenfalls Gemeinderatsmitglied ist, als Schultheißen-Stellvertreter gewählt. Bald nach der Wahl ersuchen ein Gendarm bei Müller, um bei diesem anzufragen, ob er Sozialdemokrat sei, was Müller bestritt. Hierauf eröffnete der Landrat dem Ortschultheißen und dem Gemeinderat, daß Müller nicht bestätigt werden könne, da er Sozialdemokrat sei. Der in seiner Mehrheit aus Genossen zusammengesetzte Gemeinderat ließ sich aber nicht einschüchtern und wählte Müller einstimmig zum zweitenmal. Ein dem Gemeinderat angehörender Liberaler, der als Stellvertreter verpflichtet werden sollte, zeigte Mißmut und lehnte ab. Da also die Behörde beim Gemeinderat ein solches Plaisir gemacht hatte, griff die Regierung ein und ernannte kurzerhand den Glasmeister Wagner als Stellvertreter. Dies geschah, obwohl das Gesetz vorschreibt, daß nur ein Gemeinderatsmitglied in Frage kommen kann. Eine Verhinderung an das Ministerium wegen dieser offensichtlichen Verletzung des Selbstverwaltungsrechts wurde natürlich abschlägig beschieden, da die Regierung den Standpunkt vertritt, daß ihr Vorgehen zulässig sei. Die Gemeinderatsmitglieder wollen sich nunmehr an den Landtag wenden und, wenn auch dort die Regierung keine Nachgiebigkeit zeigen sollte, auf ihr Amt als Gemeindevorsteher verzichten.

Herr Major Schinzinger.

Von Freiburg in Baden bis Danzig in Westpreußen ist zwar ein weiter Weg; der Herr Major a. D. Schinzinger, Mitglied des Zentralausschusses des berühmten Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, zweiter Vorsitzender dieses Verbandes in Baden und gewesener Vertreter der Kanonenfirma Krupp, hat ihn jedoch mit freundlicher Unterstützung des Danziger Polizeipräsidiums doch zu finden gewußt. Im vergangenen Herbst ging eine etwa 20 Seiten lange Notiz durch einen großen Teil der deutschen Presse, die sich mit Herrn Major a. D. Schinzinger beschäftigte. In einer Klage zwischen dem heilsinnigen Landtagsabgeordneten Hind und dem händlerischen Redakteur Jüller war Schinzinger, der bei der letzten Reichstagswahl als konservativer Kandidat fungierte, als Zeuge geladen. Während seiner Vernehmung genigte es ihm nicht, daß er als Herr angerebet wurde; er forderte von dem Rechtsanwalt Traub wiederholt, daß dieser ihn Herr Major nenne. Schließlich griff der Vorsitzende ein und stellte fest, daß selbst für gewisse Majore vor Gericht die Karrede Herr genüge. Die betreffende Notiz kritisierte dieses kuriose Verhalten des Herrn Majors und zog gewisse Vergleiche mit den damals vielgenannten Offizieren Kammler und Vietinghof.

Herr Schinzinger klagte, aber nicht gegen alle Zeitungen, die jene Notiz gebracht hatten; sein Horn richtete sich allein gegen die Danziger „Volkswacht“. Das Danziger Polizeipräsidium hatte nämlich im Einverständnis mit der Staatsanwaltschaft die Notiz an die Militärbehörde geschickt, weil angeblich darin der gesamte Offiziersstand beleidigt würde. Die Militärbehörde wußte aber ab. Und so ersuchte das Polizeipräsidium den Herrn Schinzinger, Straf antrag wegen Beleidigung zu stellen. Das geschah und sofort eröffnete die Staatsanwaltschaft im öffentlichen Interesse natürlich, das Verfahren. Deshalb mußte sich der verantwortliche Redakteur der „Volkswacht“, Genosse Hermann Lorenz am 31. Dezember vor der Strafkammer in Danzig verantworten. Zeugen waren nicht geladen. Schinzinger, der als Nebenkläger zugelassen war, ließ sich durch einen Rechtsanwalt vertreten. Dieser behauptete, daß Schinzinger keine Kenntnis davon habe, daß die ihn kritisierende Notiz durch die ganze Presse gelaufen sei, obwohl er sich lebhaft in politischen Leben betätige. Schinzinger sei in mehreren leitenden Stellungen im Reichsverbande gegen die Sozialdemokratie tätig und habe auch als Vertreter Krupps häufiger Differenzen mit der Sozialdemokratie gehabt. Daher sollte ihm wohl eine ausgewählte werden. Genosse Lorenz erklärte, daß er bisher nicht das Vergnügen hatte, von der schädlichen Wirkung des Herrn Schinzinger, Major a. D., etwas anderes als sein ungewöhnliches Auftreten vor Gericht zu wissen. Speziell seien ihm seine Würden im Reichsverbande gegen die Sozialdemokratie unbekannt geblieben. Mit der Notiz wollte er nur rügen, daß Offiziere sich vor Gericht mehr dünken, als andere Sterbliche. Auch habe er keine Gleichstellung des Schinzinger mit den am Hybridier Projekt beteiligten Offizieren Kammler und Vietinghof beobachtet.

Der Staatsanwalt hielt den gesamten Offiziersstand und mit ihm Major a. D. Schinzinger für beleidigt und forderte 100 Mark Geldstrafe. Der Vertreter des Nebenklägers hob besonders hervor, daß Schinzinger vor Gericht auf die Nennung seines Titels des Major, besonderen Wert legen mußte, weil ihn die Gegner im Babilkamps konsequent nur als Herr angerebet hätten. Das Gericht sprach zur Begründung des auf 50 Mark Geldstrafe oder zehn Tage Gefängnis lautenden Urteils aus, daß der Angeklagte gewiß berechtigt gewesen sei, das Auftreten Schinzingers vor Gericht zu kritisieren; beleidigend sei jedoch der Ausdruck „Dünkel“. Ebenso beleidigend sei die Herbeiziehung der Offiziere Vietinghof und Kammler.

Spanien.

Wohheitspolitik der Konservativen.

Madrid, 2. Januar. „Epoca“ veröffentlicht einen von dem Führer der konservativen Partei an die ehemaligen Präsidenten des Senats und der Kammer Azcarraga und Dato gerichteten Brief, in dem er sich darüber beklagt, daß der König es unterlassen habe, vor der Lösung der Kabinettskrise ihn zu befragen. Ferner erklärte er, daß die durch die unheilvolle Verwaltung der Liberalen hervorgerufene finanzielle Unordnung und das Wohlwollen der Regierung für die Republikaner eine große Gefahr für die Monarchie bilden.

Zwei sämtliche konservativen Deputierten haben auf ihr Mandat verzichtet, ebenso zahlreiche Senatoren. Die konservativen Vizepräsidenten der Kammer und des Senats haben ihr Amt niedergelegt. Der Ministerrat hat über die durch die Demissionen geschaffene Lücke beraten, die von den Ministern für sehr ernst angesehen wird. Ministerpräsident Graf Romanones erklärte, der Entschluß Maura's verurteile ihm mehr Bedauern als Ueberzählung. Er werde sein möglichstes tun, um ihn von seinem Entschluß abzubringen.

England.

Ein konservatives Blatt über Lebensmittelzölle.

London, 30. Dezember. (Eig. Ber.) Herr Bonar Law, der Führer der englischen konservativen Partei, die die Wiedereinführung des Schutzzolles auf ihr Banner geschrieben hat, hat vor kurzem versucht, seiner Partei aus dem durch die Unpopularität der vorgeschlagenen Lebensmittelzölle geschaffenen Dilemma zu helfen, indem er erklärte, der Vorschlag auf Einführung von Lebensmittelzöllen müsse von den Kolonien kommen. Diese Zumutung ist von den englischen Kolonien entschieden zurückgewiesen worden. Charakteristisch für die Auffassung der Kolonisten sind die Ausführungen des konservativen Blattes „The Sidney Herald“. Dieses australische Blatt schreibt:

„Soweit Australien in Frage kommt, sind wir vollkommen davon überzeugt, daß die Leute, die die reichen Gaben der Natur unter unserem sonnigen Himmel einheimischen, nicht wünschen, daß die Millionen in Großbritannien, die weniger als 20 Schilling die Woche verdienen, ihre Wege ein Opfer bringen. Wir haben nie verlangt und wünschen auch nicht, daß Frauen und Kinder, die unter fast hoffnungslosen Verhältnissen in den Spekulanten Londons, Manchesters und Liverpool's leben, für ihr Brot und ihre Kleidung mehr bezahlen sollen, damit es uns auf Kosten ihrer Verarmung wohl ergehe; auch können wir keine Hoffnung geben, daß unsere Märkte in Zukunft den britischen Fabrikaten mehr geöffnet werden als bisher. Wir streben danach, die Waren, die wir gebrauchen, selbst zu fabricieren, und während wir den kleinen Vorzug, den wir jetzt dem britischen Handel gewähren (die meisten von uns möchten, daß er größer wäre), freiwillig bieten und während wir ein Schutzsystem haben, wird dieses, offen gestanden, dazu benutzt werden, eher australische als englische Fabrikate zu begünstigen. Ueberdies glauben wir nicht, daß die Reichseinheit von künstlichen Mitteln dieser Art abhängt. Herr Bonar Law würde gut tun, selbst noch in dieser späten Stunde seine Fähigkeiten und Kräfte in vorteilhaftere Bahnen zu lenken.“

China.

Die Regelung der Anleihe.

Peking, 1. Januar. Das hier getroffene Präliminarabkommen sehr verschiedene Punkte der geplanten Sechsmächteanleihe von 25 Millionen Pfund Sterling fest. Die Anleihe wird durch die

Salzsteuer gesichert und ist auf 40 Jahre abgeschlossen; die Tilgung beginnt 1920. China wird 6 Proz. unter dem Verkaufspreis der Obligationen erhalten. Das Rechnungsdepartement, das kürzlich erschaffen worden ist, wird die Kontrolle über die Verwendung der Anleihe summe ausüben, wobei als Ratgeber der Deutsche Kommissar von einer Gruppe für eine solche Ueberwachung ernannt worden war und der jetzt in den chinesischen Staatsdienst tritt, herangezogen werden soll.

Die Entschädigungsansprüche der Ausländer.

Peking, 2. Januar. (Nachung des Reuterschen Bureau.) In der Frage der Entschädigung der Ausländer für Verluste während der Revolution, welche kürzlich das Haupthindernis bei den Anleiheverhandlungen bildete, da Rußland und Frankreich auf Bezahlung ihrer Staatsangehörigen aus der künftigen Anleihe bestanden, hat China sich im Prinzip für ein Willkommen erklärt, wonach die sechs Mächte sich verpflichten, nicht auf eine sofortige Zahlung zu dringen. Eine gemischte Kommission soll später die Beträge der Entschädigungen festsetzen. Die Mittel für ihre Bezahlung werden wahrscheinlich aus einer Ergänzungsanleihe genommen werden. Es hat den Anschein, daß Rußland 800 000 Tael's beansprucht. Dieses Arrangement unterliegt jedoch noch der Genehmigung der in Frage kommenden Regierungen.

Kämpfe zwischen Tibetern und Chinesen.

London, 2. Januar. Das Reutersche Bureau meldet aus Tschengtu: 300 Soldaten sind bei Hsianghscheng durch Tibetaner bei einem nächtlichen Angriff getötet worden. Die Chinesen sollen auch 6 Maschinengewehre verloren haben. Ähnlich wird als Grund für diese Niederlage angegeben, daß die Soldaten, weil sie das Vertrauen in die genaue Landeskenntnis ihrer Befehlshaber verloren hatten, den Befehlen verweigerten, und daß die Tibetaner diese Gelegenheit benutzten, um sie anzugreifen.

Amerika.

Die Zunahme der sozialistischen Stimmen in den Vereinigten Staaten.

Wir haben das vorläufige Resultat der Stimmenzählung von der nordamerikanischen Präsidentenwahl früher schon mitgeteilt und dabei auf die Verdoppelung der sozialistischen Stimmen seit 1908 hingewiesen. Jetzt liegt das amtliche Resultat vor. Danach schneidet die Sozialdemokratie noch besser ab, als bisher angenommen. Die Stimmenzahl stieg von 423 969 auf 898 119. Das bedeutet in den vier Jahren eine Zunahme von 474 150 Stimmen. Alle anderen Parteien haben Stimmenverluste aufzuweisen und zwar die Demokraten rund 105 000, die Republikaner über 89 000. Dabei ist zu berücksichtigen, daß infolge der Gewährung des Frauenstimmrechts in Kalifornien und Washington und infolge der Zulassung zweier neuen Staaten Arizona und Neu-Mexiko diesmal 115 000 Stimmen mehr abgegeben wurden als 1908. Die Zunahme der sozialistischen Stimmen erstreckt sich hauptsächlich auf folgende Staaten: Es erhielt der Kandidat der sozialistischen Partei Debs in:

	1912	1908		1912	1908
Kalifornien	79 201	28 659	Montana	10 855	5 855
Kolorado	16 418	7 960	Nebraska	10 219	5 624
Illinois	81 278	24 711	New York	68 851	88 451
Indiana	88 981	18 476	Ohio	89 930	88 705
Iowa	15 914	8 287	Oklahoma	42 262	21 779
Kansas	26 807	12 420			
Kentucky	11 647	4 185	Pennsylvanien	80 915	88 918
Michigan	23 211	11 527	Texas	25 742	7 870
Minnesota	27 505	14 094	Washington	40 184	14 177
Missouri	28 486	15 431	West-Virginia	15 836	8 679

Aus der Partei.

Gemeindevorwahlen.

Die jetzt beendeten Gemeindevorwahlen im bremischen Landgebiet haben für unsere Partei einen günstigen Ausgang genommen. Von den 15 bremischen Landgemeinden sind nur noch drei sozialistischer. In 12 Gemeinden haben wir jetzt 53 Vertreter, was seit den letzten Wahlen vor drei Jahren eine Zunahme von 15 Mandaten bedeutet. Das Klassenwahlrecht, das die Arbeiter noch in „Eigentümer“ (Keines Haus) und „Miet“ spaltet, für die Mieter die Staatsangehörigkeit fordert und für die Eigentümer nicht, macht es schwer, Mandate zu erobern. Trotzdem haben sich unsere Genossen brav geschlagen. — Im bremischen Kreisrat hat die Sozialdemokratie von zehn Eigen der zweiten Klasse sieben inne.

Doktrinelles, Gerichtliches usw.

Streitbrecherlieferungverträge und Urheberrecht.

Der Streitbrecheragent Adolf Heßberg-Blanchese hatte den Redakteur des „Halleischen Volksblattes“, Genossen Roenen, wegen des Abdrucks der Heßberg'schen Streitbrecherlieferungverträge angezeigt und auch bei der Staatsanwaltschaft die Klageerhebung wegen Verletzung des Urheberrechts erreicht. Die Strafkammer in Halle kam seinerzeit jedoch zur Freisprechung. Inzwischen ist nun die schriftliche Urteilsbegründung erschienen, die einige für die Presse wichtige Feststellungen über den Begriff Schriftwerk im Sinne des Urheberrechts enthält. Der wesentlichste Abstrich der Begründung lautet:

„Dem Angeklagten ist zur Last gelegt, durch die Wiedergabe der Verträge gegen die Vorschriften der §§ 1, 11, 15, 38 des Reichsgesetzes vom 19. Januar 1901 betreffend das Urheberrecht an Werken der Literatur und der Tonkunst verstoßen zu haben, da diese Verträge nach den von dem Kaufmann Heßberg verfaßten und regelmäßig in seinem Betriebe benutzten Formularen abgeschlossen seien. Heßberg hat auf Grund des § 45 des zitierten Gesetzes Strafantrag gestellt.“

Der Angeklagte, der bestreitet, daß Heßberg Verfasser der Vertragsformulare sei, hat zugegeben, daß er als Redakteur des „Volksblattes“ den Abdruck des oben wiedergegebenen Artikels veranlaßt habe. Er behauptet, daß ihm von der Gewerkschaft, mit der das „Volksblatt“ zusammenarbeite, der übrige Teil des Artikels und zum Einleiten in diesen je ein Exemplar der beiden Verträge, die Heßberg anlässlich des Hallescher Streiks in Halle a. S. mit der Rederei der Saateschiffer und dem für diese Firmen angeworbenen Arbeitswilligen abgeschlossen, überhandt worden seien und daß er die Veröffentlichung im guten Glauben vorgenommen habe.

Nach seiner unabweisbaren Behauptung hat also der Angeklagte nicht Formulare zu Verträgen veröffentlicht, sondern die Urkunden über die von Heßberg und anderen tatsächlich abgeschlossenen Verträge. Vertragsurkunden sind aber keine Schriftwerke im Sinne des § 1 cit. Gesetzes. Jedenfalls konnte bei dieser Sachlage der Angeklagte, wie er getan, annehmen, daß eine etwaige ausschließliche Verfügung des Urhebers zur Vermeidung und gewerbmäßigen Verbreitung des fraglichen Schriftstückes nicht mehr bestehen. Der Angeklagte war daher freizusprechen.“

Gegen das Urteil ist übrigens Revision angemeldet, so daß das Reichsgericht sich ebenfalls zu der Frage äußern muß. Die Revision ist nur von dem Nebenkläger Heßberg eingelegt. Die Staatsanwaltschaft hat sich mit dem Freispruch abgefunden und daher ist wohl zu erwarten, daß auch das Reichsgericht nicht anders entscheidet.

Gewerkschaftliches.

„Gewerkschaften kann das platte Land auf keinen Fall brauchen.“

Die „Kreuz-Zeitung“, das preussische Junkerblatt, begrüßt den christlichen Landarbeiterverband, der mit Beginn dieses Jahres seine Tätigkeit entfalten wird, wie folgt:

„Gewerkschaftsbewegung bleibt Gewerkschaftsbewegung. Und wenn die christlichen Gewerkschaften auch dem Klassenkampf sich fernhalten, so sind sie gleichwohl — und müssen ihrer ganzen Verfassung nach es sein — Kampforganisationen, Organisationen, die die Arbeiterschaft in einen bewußten und sich allmählich verschärfenden Gegensatz zu den Arbeitgebern bringen. Bei aller ihrer grundsätzlichen Gegnerlichkeit wider die Sozialdemokratie werden mit ihnen die christlichen Gewerkschaften doch die meisten Arbeitskämpfe gemeinsam aus. Auf dem platten Lande aber ist zu befürchten, daß sie, statt der sozialdemokratischen Gewerkschaft gegenüber einen Damm zu bilden, ihr zum Eindringen in die Dörfer verhelfen wird. Es ist deshalb zu wünschen, daß das platte Land von jeglichem Versuch, die Arbeiterschaft gewerkschaftlich zu organisieren, verschont werden möchte. Gewerkschaftliche Ideen gehören nicht auf die friedlichen Dörfer. Die schaffen nur Unfrieden. Gemeinsam müssen die ländlichen Arbeitgeber und Arbeiter organisiert werden, denn sie gehören zusammen. Und wer ein wahrer Freund des platten Landes ist, der muß diese gemeinsame Organisation fördern. Gewerkschaften kann das platte Land auf keinen Fall brauchen.“

So werden die „staatsverhaltenden“ christlichen Gewerkschaften von dem preussischen Junkerblatt mit Fußtritt regaliert, wenn sie das Interesse der Junker gefährden. Man sollte meinen, die Arbeiter zögen daraus die Konsequenzen und würden den Kampf gegen die Junkersippe grundsätzlich aufnehmen, indem sie sich den freien Gewerkschaften anschließen.

Berlin und Umgegend.

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe schreibt uns: „Ihre Veröffentlichung über die Tarifverhandlungen im Baugewerbe“ (Nr. 304 vom 31. d. M.) enthält einen Druckfehler. In der eingedruckten Erklärung der Arbeitgeber muß es in der 10. Zeile lauten: „ein schließlich des Vertragsmusters.“

Achtung, Herrenmächtnieder! Infolge ausgebrochener Differenzen haben bei der Firma G. Benedict, Königsgräber Straße 9, unsere Kollegen die Arbeit niedergelegt und verhängen wir über die genannte Firma die Sperre.
Verband der Schneider. Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Die Ausperrung der Dachbeder der Firma Bierkant in Straßburg ist aufgehoben und sämtliche Ausgesperrte sind wieder eingestellt worden.

Streikbruch und Arbeiterverrat durch streikende und ausgesperrte christlich organisierte Arbeiter.

Es gibt in der deutschen Arbeiterbewegung leider immer noch Fälle zu beklagen, wo die ausschlaggebenden Kämpfe erschwert werden, aber wo ein Erfolg eines solchen Kampfes überhaupt in Frage gestellt wird, dadurch, daß sich gewissenlose Subjekte oder indifferente Arbeiter, sei es mit oder ohne Absicht, dazu hergeben, durch Streikbruch im Kampfe streikende Arbeiter zu schädigen. Doch aber Arbeiter, die selbst im Streik stehen, die selbst ausgesperrt worden sind, von ihrer Organisationsleitung aus heranzitiert werden, an anderen Orten Streikbrecher zu machen, dürfte bisher wohl zum ersten Male vorgekommen sein und das Kapitel des Streikbruchs hat damit nicht nur eine neue Ergänzung erfahren, sondern mit unauslöschbarer Schmach und Schande hat sich zugleich diejenige Organisation bedeckt, die diese Sache inszenierte, nämlich: der christliche Metallarbeiterverband.

Der Verwaltungsstelle Stuttgart des Deutschen Metallarbeiterverbandes wurde am 28. Dezember brieflich mitgeteilt, daß zitta zwei Duzend Arbeiter als Streikbrecher kommen und in den letzten in Stuttgart betriebliehen Betrieben anfangen werden. Es wurde dann noch ergänzend mitgeteilt, daß es sich um christlich organisierte Leute handelt, die in Wenden im Streik stehen oder ausgesperrt sind. Man wollte der Nachricht erst keinen Glauben schenken und telephonische Vorfragen erst bei der Bezirksleitung des „Christlichen“ Verbandes, bei dem Bezirksleiter Gengler, an. Der erklärte, nichts davon zu wissen, daß Leute von ihnen in bestreitenen Betrieben anfangen wollten. Als man ihm näher auf den Berg rückte, gab dieser Arbeitervertreter an: „Er müsse erst einmal Erkundigungen einziehen, ob die Arbeiter der in Frage kommenden Werke (Sanitaria und Wagner u. Keller in Ludwigsburg) auch einen Kampf führen, der berechtigt sei!“ Dabei ist einzuzwischen, daß die Streiks in Ludwigsburg fast bis zum Topfchen auf dem i aus den gleichen Ursachen entstanden sind, wie die in Wenden, und eingehend in der örtlichen Presse und der „Metallarbeiter-Zeitung“ besprochen sind, daß Christen dabei gar nicht in Frage kommen. Und da will sich dieser Herr Gengler „erst informieren“. Doch das Unglück schreitet schnell. Ganz zufällig wurde gleich darauf der erbärmlichste Arbeiterverrat aufgedeckt, der bis jetzt wohl vorgekommen ist. Es suchten nämlich vorerst 10 Mann der Christen aus dem Rheinland nach Stuttgart. In Mannheim passierte einem derselben das Walzwerk, seine Kollegen zu verlassen; er fuhr allein nach Stuttgart und wurde auf die Frage nach dem Bureau seines Verbandes zufällig auf das Bureau des Deutschen Metallarbeiterverbandes gewiesen. Dort gab nun der Mann, der verheiratet ist und einen ganz guten Eindruck machte, folgendes an: In Wenden wäre ihnen von ihrer Organisation aus mitgeteilt worden, daß in Stuttgart Arbeit wäre. Dort würde noch schönes Geld verdienen, die Verhältnisse wären auch sonst gut und Streik wäre dort keiner; sie sollten also nur hinaufahren. Auf Grund dessen wäre er mit seinen Kollegen hergefahren und morgen (Dienstag, den 31. Dezember) sollten sie anfangen. Wo er soweit war, geriet er in die tödlichste Verlegenheit, denn er sah auf einmal das Palast, auf dem der Arbeitsaufnahmestellen in der „Sanitaria“ gewarnt war, da dort Streik sei, und gerade die „Sanitaria“ war die Firma, bei der er und seine Kollegen in Arbeit treten sollen. Der Mann versproch ja nun, seine Kollegen aufzusuchen und sie von der Arbeitsaufnahme abzuhalten; ob er es macht oder ob er von den Christenführern gezwungen wird, Streikbrecher zu machen, wird sich rasch herausstellen. Festgestellt ist aber, daß der Bezirksleiter Gengler (dieser Namen sollen sich die Arbeiter merken) vormittags erklärt, daß ihm nichts bekannt sei, daß in der „Sanitaria“ gestreikt werde, daß ihm nichts bekannt sei, daß Leute von Wenden dort anfangen wollten usw., und daß kaum zwei Stunden später die Leute von Wenden selbst kommen und Gengler suchen, um sich die Arbeit in der „Sanitaria“ zuweisen zu lassen. Es ist ferner noch mit Sicherheit anzunehmen, daß die Sache ein schon lange vorbereiteter Streich war. Sagte doch schon vor Wochen der Direktor der bestreitenen Firma: „Wartet nur einige Wochen, dann bekomme ich Leute genug und brauche Euch (die eigenen früheren Arbeiter) nicht mehr.“

Der christliche Metallarbeiterverband, auf dessen Veranlassung diese Leute aus Wenden nach Stuttgart kamen, hat aber mit dieser Handlungsweise das Recht verweigert, sich noch eine Organisation zu nennen, die für die Interessen der Arbeiter eintritt. Er kann firmieren „Vereinigung zur Befreiung von Streikbrechern und Arbeitswilligen, Koller und Spesen frei“, denn die Beiträge der eigenen Mitglieder dürften verwendet werden, um die Mitglieder „als Streikbrecher abzuhaben“, es sei denn, daß er wie die Hinkeljunker einen Tarif hat, in dem festgelegt ist, wieviel ein be-

treibter Unternehmer für einen gelehrten Arbeitswilligen zu zahlen hat. Bei der „Finanzwirtschaft“ der Führer des „Christen“ dürfte dies schließlich gar nicht so unwahrscheinlich sein.

Da aber auch an anderen Orten Deutschlands Metallarbeiter im Kampfe stehen, möchten wir allerorts erfahren, ein wachsame Auge zu haben, weniger auf die seit langem bekannten Streikbrechertruppen, die von Hamburg und Berlin durch die Witwe Müller und Herrn Hinge geliefert werden, sondern vielmehr auf die streikenden und ausgesperrten christlichen Metallarbeiter von Wenden, die dort um besseren Lohn und Koalitionsfreiheit kämpfen und die von ihren Führern als Streikbrecher in die Welt geschickt werden, um eheilig kämpfenden Arbeitern in den Rücken zu fallen!

Die Tarifbewegung der Münchener Brauereiarbeiter beendet.

Nach dreiwöchentlichen Verhandlungen wurde am Dienstag durch Schiedspruch des Einigungsamtes die Tarifbewegung der Brauereiarbeiter und Arbeiterinnen Münchens beendet. Die Arbeiterschaft erzielte zunächst die Erfüllung von drei prinzipiellen Forderungen, nämlich die Verkürzung der Arbeitszeit um täglich eine Viertelstunde, die Befestigung bezw. Bezahlung der Sonntagsarbeit und die Umwandlung der Stundenlöhne in Wochenlöhne für das Hilfs- und Tagelöhnerpersonal. Außerdem wurden Verbesserungen in bezug auf das Stallpersonal durch Gewährung von Extrajourgeldern erzielt. Den Münchener Brauereiarbeitern mußten diese Zugeständnisse geradezu abgetrotzt werden. Durch den Schiedspruch, der am Dienstag nachts 11 Uhr gefaßt wurde, wurde ausgesprochen, daß die Präsenzzeit für die Bierfieber um eine weitere halbe Stunde verkürzt wird, der Schichtwechsel innerhalb 24 Stunden nicht länger als 12 Stunden betragen darf, daß das Hof- und Tagelöhnerpersonal nach einem Jahre drei Tage, nach dreijähriger ununterbrochener Beschäftigung eine Woche Urlaub bekommt. Bisher bessere Lohn- und Existenzbedingungen dürfen nicht verschlechtert werden. Den Maschinisten und Heizern wurde eine Mittagspause von 1 1/2 Stunden zugewilligt, die sie entgegen den bisherigen Bestimmungen außerhalb des Arbeitsraumes zubringen können. Durch den Schiedspruch wurden die Wochenlöhne der unteren Sparten und der Arbeiterinnen um eine weitere Mark erhöht und der Sonntagshaltjournaldienst mit einer Extrazuschlagszahlung von 3 M. honoriert. Die Vertragsdauer ist auf 4 Jahre festgesetzt. Da die beiden Parteien bereits vor Eintritt in die Verhandlungen erklärten, daß sie sich dem Schiedspruch unterwerfen, ist die Brauereiarbeiterbewegung in München nunmehr beendet. Der Abschluß der Bewegung bedeutet für die Brauereiarbeiter und Arbeiterinnen Münchens einen vollen Erfolg.

Ausland.

Der Streit der Londoner Taxameterführer.

London, 1. Januar 1913. (Fig. Ber.) Wie vorausgesehen war, sind die Londoner Taxameterführer, heute 5000 an der Zahl, in den Ausland getreten. Der Kampf dreht sich um die Forderung der dem Verbands der Taxameterführer angeschlossenen Gesellschaften, den Aufzählern in Zukunft anstatt der bisher üblichen 8 Pence (88 Pf.) für die Gallone Benzin (etwa 1 1/2 Liter) einen Schilling und einen Penny (1,10 M.), also 5 Pence mehr abzuverlangen. Nach dem bestehenden Vertrage haben die Gesellschaften zwar ein Recht dazu, den Verkaufspreis des Benzins nach den Marktpreisen zu erhöhen, aber die enorme Preissteigerung der letzten Zeit macht die Durchführung des Vertrages praktisch unmöglich. In England wird der Preis des Benzins von einer großen Gesellschaft, der Anglo-American Oil Company (hinter der der Standard Oil Trust steht) festgesetzt; der Handel ist ein Monopol, das aus dem Konsumenten den letzten Heller herauszihnt. In den letzten Wochen haben mancherlei Verhandlungen zwischen dem Verbands der Taxameterführer und dem der Taxametergesellschaften stattgefunden, die aber zu keinem Ergebnis geführt haben. Die Arbeiter sagten: Die Frage ist nicht, daß wir den Preis nicht bezahlen wollen, sondern daß wir den Preis wirklich nicht bezahlen können. Die Arbeitgeber bestanden jedoch auf ihr Pfund Fleisch. Im Durchschnitt nimmt eine Londoner Taxameterdrohse am Tage 21 Schilling ein. Davon bleiben dem Führer 5 Schilling und 3 Pence (57 Proz.) plus durchschnittlich 10 Pence für Extragebühren (für Gepäck und für einen dritten und vierten Fahrgast), die er seit dem letzten Streik ganz einsteckt. Aus dieser Nettoeinnahme von 8 Schilling und 1 Penny soll er nun in Zukunft 3 Schilling und 3 Pence für die täglich verbrauchten drei Gallonen Benzin und 9 Pence für verchiedene Stationsgebühren und Kleidungsstücke bezahlen. Es bliebe ihm mithin nur ein Tagelohn von 2 Schilling und 1 Penny (2,12 M.); er mühte sich also sein Leben fast ganz durch Tringelber verdienen. Schon jetzt nähren sich die Londoner Taxameterführer infolge der großen Konkurrenz recht kümmerlich und es ist ganz ausgeschlossen, daß sie bei einem Verlust von mehr als einem Drittel ihres festen Einkommens existieren können.

Die Abstimmung über die Frage, ob die Arbeiter die Forderung der Arbeitgeber anerkennen sollten oder nicht, ergab folgendes Resultat: Gegen die Forderung 4695, für die Forderung 177. Der Kampf richtet sich nur gegen die großen verbundenen Gesellschaften, die gegen 5000 Taxameter besitzen. Die kleinen Besitzer mit etwa 1000 Drohnen haben keine Preissteigerung des Benzins vorgenommen. Ihre Taxameter sowie die der 2000 Führer, die ihre eigenen Wagen besitzen, werden weiter arbeiten und einen gewissen Teil ihrer Einnahmen an die Streikfasse abführen. Die großen Londoner Taxametergesellschaften sind keine finanziell gefunden Unternehmungen. Sie sind samt und sonders überkapitalisiert und erwarten nun von ihren Arbeitern, daß diese Dividende für Kapitalien verdienen sollen, die schon längst verloren sind und die man schon längst in den Schornstein hätte schreiben sollen.

Jugendbewegung.

Ein fürsorglicher Gemeindevorsteher.

Der Gemeindevorsteher in Wiesau in Thüringen hat gegen einige jugendliche Glasarbeiter folgende Strafverfügung erlassen:

Es ist gegen Sie zur Anzeige gekommen, daß Sie dem Glasarbeiterverband angehören und am 19. November 1912 vom hiesigen Schulvorsteher aufgefordert worden sind, Ihre Abmeldung beglaubigt binnen 8 Tagen beizubringen. Letzteres ist aber bis heute noch nicht geschehen. Uebertretung gegen § 18b des Ortsgesetzes d. G. P. betr. Fortbildungsschule vom 4./5. 1908. Beweismittel: Eigenes Beständnis.

Es wird daher gegen Sie eine Geldstrafe von 10 M. hiermit festgesetzt, welche binnen 14 Tagen an die hiesige Gemeindefasse zu bezahlen ist. Sollten Sie sich durch diese Strafverfügung beschwert finden, so steht Ihnen binnen 2 Wochen von der Eröffnung an Berufung an das Kreisgericht zu, die bei dem Gemeindevorstand oder beim Kreisgericht in Saalfeld einzulegen ist. Stellen Sie diesen Antrag binnen einer Woche nicht, so wird diese Strafverfügung vollstreckbar.

Wiesau, den 22. Dezember 1912.

Der Gemeindevorstand. Otto Kühner.

Der gute Gemeindevorsteher denkt so die Jugend vor den verführerischen freien Verbänden zu bewahren. Daß es so etwas wie ein Vereinsgesetz gibt, das für gewerkschaftliche Mitglieder keine Altersgrenze kennt, braucht natürlich der läbliche Gemeindevorstand nicht zu wissen. In der Berufungskommission wird ihm das plausibel gemacht werden. Uebrigens soll das Ortsgesetz, auf Grund dessen die Verfügung erfolgte, gar nicht mehr zu Recht bestehen.

Aus der Frauenbewegung.

Erwerbstätige Frauen im In- und Auslande.

Die folgende Aufstellung gibt ein Bild, in welchem Maße in den nachbenannten Staaten Frauen nach den letzten Zählungen überhaupt erwerbstätig waren und wie groß ihr prozentualer Anteil an der Gesamtzahl der weiblichen Bevölkerung ist.

Land	Jahr	Erwerbstätige Frauen	Prozent
Deutschland	1907	9 492 881	45,5
Oesterreich	1900	5 684 984	51,5
Ungarn	1900	2 885 235	45,1
Rußland	1897	5 278 112	24,9
Italien	1901	5 284 064	50,1
Schweiz	1900	1 556 577	46,9
Frankreich	1906	4 608 412	53,3
Spanien	1900	1 851 702	39,9
Belgien	1900	949 229	45,9
Niederlande	1900	433 548	37,8
Dänemark	1901	352 947	44,9
Schweden	1900	551 021	38,4
Norwegen	1900	277 613	39,5
Großbritannien	1901	5 309 900	44,0
Ver. Staaten von Amerika	1900	5 329 802	35,4

Die Vergleichbarkeit der Zahlen wird allerdings etwas gestört durch die verschiedene Zeit und Form der Erhebung überhaupt. Die verhältnismäßig kleine Ziffer von erwerbstätigen Frauen in Rußland erklärt sich daher, daß in Rußland die erwerbstätigen Familienangehörigen nicht mitgezählt wurden. Aber die Zahlen lassen erkennen, daß der Kapitalismus überall die Frauen in die Erwerbsfront zwingt. Deutschland zeigt die absolut größte Zahl arbeitender Frauen, nämlich 9 1/2 Millionen. Am nächsten kommt Frankreich mit über 7 1/2 Millionen. Allerdings wurden in diesen beiden Staaten die Berufszählungen 1906 und 1907 vorgenommen, also 6 und 7 Jahre später als in den meisten anderen Staaten, die zu der Zeit auch gewiß größere Zahlen aufzuweisen hätten. Den traurigen Vorzug, den höchsten Prozentsatz erwerbstätiger Frauen zu haben, genießt Frankreich. Dort gibt es 53,3 Prozent für Lohn arbeitende Frauen, also sind über die Hälfte der Frauen überhaupt dort erwerbstätig. Deutschland steht mit seinen 45,5 Prozent auch noch mit an erster Stelle. Die nächste Berufszählung wird erst die Prozentzahl noch höher schrauben, denn die Zahl der erwerbstätigen Frauen nimmt im Verhältnis schneller zu als die Zahl der Frauen überhaupt.

Unchelligkeit und Angestelltenversicherung.

Die jetzt geltende Offenbarungspflicht etwa vorhandener unehelicher Kinder in den Aufnahmefarthen weiblicher Angestellter hat sowohl in der Öffentlichkeit wie in den Kreisen der weiblichen Angestellten lebhafteste Verurteilung erregt. Demgegenüber hat jetzt der Deutsche Bund für Mutterchutz, Ortsgruppe Berlin, eine Petition an den Bundesrat gerichtet, in der er eine Abänderung dieser Bestimmung dahin fordert, daß diese Angabe nur der Versicherungsbehörde selbst zu machen sein solle, um das Interesse der unehelichen Kinder zu wahren, daß sie aber auf den Versicherungskarten wegzufallen habe, um sonst unaussprechlich scheinende schwere wirtschaftliche und moralische Schäden der Angestellten zu vermeiden.

Der Petition haben sich eine große Reihe von Organisationen angeschlossen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Ueber „Masten der Sexualität“ (Wie wir vor uns Verleiden spielen) spricht Dr. med. Wilhelm Stebel-Wien im Bund für Mutterchutz am Montag, den 8. Januar, abends 8 Uhr, im Architektenhaus.

Letzte Nachrichten.

Ein sozialdemokratischer Stadtverordnetenvorsteher.

Frankfurt a. M., 2. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Im Stadtparlament wurde Genosse Graef als zweiter Vorsitzender gewählt. Die Nationalliberalen, die Mittelständler und 8 Fortschrittler stimmten gegen ihn.

Solidaritätserklärung der Balkandelegierten.

London, 2. Januar. (B. L. B.) Erkundigungen, die das neuterliche Bureau unter den nichtbulgarischen Balkandelegierten einzog, ergaben die übereinstimmende Festhaltung des von Danien eingenommenen Standpunkts. Die Delegierten erklärten, von einem speziell serbisch-griechisch-montenegrinischen oder speziell bulgarischen Standpunkt könne nicht geredet werden, sie seien alle durchaus eins in der festen Entschlossenheit, ihre Forderungen durchzusetzen. Wenn die Türken sich weigern sollten, hinsichtlich Adrianopels nachzugeben, werden sie die Konferenz verlassen.

Fortgang des Kolonialkrieges in Tripolis.

Rom, 2. Januar. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Benghasi: Die Ruinen von Zejana beschaffen heute eine vorgerückte Stellung in dem nördlichen Sektor an der Küste. Sie wurden von zwei Kompanien erzhärischer Schützen, Truppen des 68. Infanterie-Regiments und einer Abteilung eingeborener Truppen gesturmt. Die Feinde erlitten große Verluste. Ein Italiener und fünf erzhärische Soldaten wurden getötet, dreizehn verwundet. Ein Kriegsschiff bombardierte später die Küste von Zejana.

Geht Magnaten.

Budapest, 2. Januar. Zwischen dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses Grafen Tisza und dem oppositionellen Abgeordneten Grafen Michael Karolvi fand heute ein Säbelduell unter schweren Bedingungen statt. Es wurden 32 Wänge getroffen. Das Duell dauerte eine Stunde. Karolvi erhielt mehrere Ritzwunden, Tisza einen flachen Hieb auf die Hand. Die Gegner schieden unversehrt.

Ruchlose Horden.

Saloniki, 2. Januar. (B. L. B.) Aus Yenidjehardar wird gemeldet, daß Bulgaren banden wieder beginnen, von den Bauern jener Gegend Geld zu erpressen. Diese Banden, deren Verfolgung von den griechischen Behörden angeordnet worden ist, verhalten sich wie früher, sie sind in den Sumpfen gebildet zu vertrieben. Eine starke aus Bosnien bestehende Bande soll die Ortschaft Keschani in Thragien niedergebrannt und dort die christlichen Einwohner niedergemetzelt haben.

Eiferjuchtdrama.

Reichenberg i. Böhmen, 2. Januar. (B. L. B.) In einem hiesigen Hotel wurde heute der Finanzbeamte Franz Lang von seiner jungen Frau, welche getrennt von ihrem Mann in Leipzig lebte und die auf Besuch gekommen war, betäubt und ermordet. Hierauf erschoss sie die Frau ihren fünfjährigen Knaben und erhängte sich am Fensterkreuz.

Zur Lage der Kleinbauern und landwirtschaftlichen Arbeiter.

IV.

Beschäftigung jugendlicher, weiblicher und arbeitschwacher Personen. Rechtsprechung.

Heber die so wichtige Frage: Beschäftigung jugendlicher Arbeiter usw. an gefährlichen Maschinen...

Der technische Aufsichtsbauamt von „Oberfranken“ berichtet: Die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter an gefährlichen Maschinen...

In ähnlicher Weise liegt die „Pfalz“, „Westfalen“ berichtet: Wiederholt wurden Kinder und altersschwache Personen an Maschinen...

Auch im Berichte „Meinungen“ heißt es: Bedauerlich ist und bleibt es, daß der Bedienung der Maschinen vielfach nicht die genügende Sorgfalt gewidmet wird...

„Niederbarnim“ sagt: Die Verwendung jugendlicher und nicht selten weiblicher Arbeiter mit losen Kleidern an gefährlichen Maschinen...

Fast alle Berichte erklären, daß gegen die säumigen Unternehmer mit „strengen Strafen“ vorgegangen wurde...

Wiel weniger Glück als die gewerblichen Arbeiter haben die landwirtschaftlichen Arbeiter und Kleinbauern mit ihren Berufungen an den Schiedsgerichten...

Fälle zu „unrecht“ erhoben waren. Nach den Berichten sehen wir z. B. daß in

Table with 3 columns: Region, Berufungen, and Verurteilungen. Rows include Baden, Westpreußen, Hessen-Rhaffau, Pfalz, Oberpfalz, Unterfranken, Westfalen, Provinz Sachsen, and Ober-Elsass.

„Brandenburg“ bringt z. B. nachfolgende Aufstellung über ihre Erfolge: Von den 1908 insgesamt durch Entscheidung erledigten Streitigkeiten...

Table with 5 columns: Year (1911-1907) and Verurteilungen. Rows include zugunsten der Berufsgenossenschaft and zugunsten der Rentenversicherer.

„Sachsen“ spendet dem Reichs-Versicherungsamt folgendes Lob: Der erfreuliche Rückgang der neu bewilligten Renten gegenüber den früheren Jahren beruht zum Teil auf der in neuerer Zeit strenger gewordenen Rechtsprechung...

Ausführlich werden in mehreren Berichten, so in dem von „Oberfranken“, „Rheinland“, „Niederbarnim“ und anderen Berufsgenossenschaften Verurteilungen von Personen wegen Betruges mitgeteilt...

Ein Renteneinpfänger, der sich gelegentlich einer Nachuntersuchung beim Kreisarzt 0,80 M. für entgangenen Arbeitsverdienst hatte auszahlen lassen...

Vorsitzender dieser „noblen“ Berufsgenossenschaft, die einen armen Teufel zur Strafanzeige bringt, weil er sich ganze 80 Pf. „betrüglisch erspähen“ habe...

Sich so leicht und rücksichtslos gegen Renteneinpfänger vorgegangen, die vermeintlich ein paar Pfennige erspähen — wieviel Hunderte Jahre von Gefängnis müßten, wenn mit gleichem Maß gemessen wird...

Kleines feuilleton.

Zola im eigenen Licht. Einen außerordentlich interessanten Einblick in die Ziele und Grundtatsachen, die Zola sich bei Beginn seiner schriftstellerischen Tätigkeit selbst setzte...

Dann aber entwickelt er ein Programm seiner Arbeitstechnik, die so genau befolgt worden ist, daß das Programm zugleich als eine Charakterisierung seines ganzen Schaffens gelten kann...

Der Aufzug der Zensur in Elsaß-Lothringen. Die Verhinderung der darstellenden Kunst und der historischen Wahrheit aus Angst vor dem französischen „Erfeld“ läßt die Polizei in Elsaß-Lothringen als Theaterzensurbehörde fortgesetzt mit unheimlichem Eifer...

Zweite Generalversammlung des Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter.

Berlin, den 30. Dezember 1912.

Infolge eines Versehens ist der Bericht vom dritten Verbandstag in unserem Blatte nicht erschienen. Wir lassen ihn hier noch folgen:

In einem Referat über:

„Unsere nächsten Aufgaben“

gibt der Verbandsvorsitzende Georg Schmidt aus den bei der Agitation und Organisation gemachten Erfahrungen präzise Aufweisungen, wie die so schwierige Agitation und Organisation unter den Landarbeitern mit Erfolg betrieben, und in welcher Art Versammlungen für die Mitglieder interessant gestaltet werden können...

In der Diskussion zeigt der Gauleiter Reibitzsch-Münden an einem Beispiel, wie aus Landarbeiterkreisen heraus spontan eine Bewegung gegen die Naturalienlohnung aufstieg. In einem Bezirk in Bayern, in dem der Verband noch nicht eingetreten ist...

Es folgt die Beratung des Statuts. Dazu referiert Hille-Magdeburg, der bemerkt, daß die Erfahrungen mit dem bisherigen Statut den Verbandsvorstand veranlassen, in Gemeinschaft mit den Gauleitern einen ganz neuen Statutenentwurf auszuarbeiten...

dem § 2 und 3 mit der Einschränkung, daß sie ihren Hut nicht abzunehmen haben. Der draconische Erlass des Präsidiums erregt in Peking große Aufregung...

Notizen.

Die Pawlowa trat am Mittwoch in einer neuen Tanzrolle auf, an der sie ihre hohe Ausdruckskraft auf neue bewährte. In dem Märchenstück „Die sieben Töchter des Geisterkönigs“ verkörperte sie eine Kristallmücke...

Der Stillstand der Igl. Bühnen. Der Generalintendant der Igl. Bühnen Georg v. Hälßen beging am 1. Januar das Jubiläum einer zehnjährigen Tätigkeit in Berlin. Er hielt bei dieser Gelegenheit vor versammelter Mannschaft eine blumenreiche Rede...

Die gewählte Charakterisierung trifft für die Igl. Bühnen voll auf zu: Sie mögen ihre Hofzwecke erfüllen, aber künstlerisch stehen sie seit langem still, besonders das Schauspiel...

Die Vorbesprechung eines Dramas und des Arbeiterrecht. In der Zeitschrift „Die Schaubühne“ war Sudermanns neues Drama „Der gute Ruf“...

Theaterchronik. Im Neuen Volks-Theater geht am Sonnabend Schatz's Komödie „Gelden“...

Die Humboldt-Akademie und die Freie Hochschule gaben ihr neues Vorlesungsverzeichnis für das erste Lehrjahrsjahr 1913 heraus.

sei nur bei einer allgemeinen Erhöhung der Beiträge zu erfüllen, diese aber sei nicht angängig. Der Entwurf sieht eine vierte, höhere Klasse vor, die 1 M. Monatsbeitrag verlangt; die untere Klasse mit monatlich 30 Pf. soll auf 40 Pf. erhöht werden, aber nur für weibliche Mitglieder zugänglich sein. (Sotha will diese Klasse auch für Jugendliche.) Die 2. und 3. Beitragsklasse soll mit 60 und 80 Pf. bestehen bleiben. Auch sind entsprechende Wochenbeiträge zulässig, die der Referent sehr befürwortet. Rechtschutz soll erst nach sechsmonatiger Mitgliedschaft gewährt werden. Bei der niedrigen Beitragleistung könne der Verband nicht schon nach dreimonatiger Mitgliedschaft Rechtschutz gewähren, was oft sehr kostspielige Prozesse bedeutet. Das Krankengeld soll nur in der niedrigsten Klasse etwas erhöht und in der dritten Klasse entsprechend dem Beitrag eingeführt werden. Die Ausgaben für diese Unterstützungszwecke sind bisher stark gestiegen. Maßregelungsunterstützung und Sterbegeld werden wie bisher gezahlt. Auch die Ausgaben für Bierbegelder steigen rasch. — Der Verbandsvorstand soll durch einen Beirat erweitert werden. Redner empfiehlt die Annahme des Statutenentwurfs. Nach dem Referat Hilles werden die Verhandlungen vertagt.

Aus Industrie und Handel.

Freigabe der Kohlenförderung.

Vom 1. Januar d. J. ab hat das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Fundus die gesamte Kohlenförderung freigegeben. Bisher seit Oktober v. J. war die Beschränkung der Teiligungsquoten fortgefallen. Jetzt steht die Höhe der Förderung überhaupt im Belieben der Syndikatswerke.

Vom 1. Januar d. J. ab treten zugleich die neuen Beteiligungsziffern in Kraft. Am meisten ist die Gesamtbeteiligung erhöht worden für Koks (um 1,383 Millionen Tonnen). In Kohlen hat die Beteiligungsziffer nur um 200 000 Tonnen zugenommen. Für Weizen ist die Erhöhung gering. Infolge mehrerer Fusionen im verflochtenen Jahre sind die Beteiligungsziffern einiger Werke wesentlich erhöht worden. So nahm die Beche „Konstantin der Große“ die Beche „Deutschland“ und „Eintracht-Tiefbau“, die Beche „Lothringen“ die „Rart“ auf. Die Zahl der Syndikatsmitglieder ist damit von 64 auf 61 gesunken.

Konkurse im Jahre 1912.

Die Anzahl der eröffneten Konkurse betrug im Dezember 1912 nach einer Zusammenstellung der Finanzzeitschrift „Die Bank“ 763, während im Dezember 1911 nur 713 Konkurse eröffnet wurden. Die Jahresziffer für 1912 streift hauptsächlich infolge der letzten Monate, mit 9202 Konkursen fast die abnorm hohe Ziffer von 9375 Konkursen des Krisenjahres 1908. Im Jahre 1911 sind nur 8631 Konkurse eröffnet worden. Der Balkankrieg hat eine erhöhte Zahl von Opfern gefordert.

Russisches Holz für deutsche Papierfabriken. Die „Kosmoje Wremja“ veröffentlicht eine Statistik, wonach Russland gegenwärtig mehr als die Hälfte des Holzbedarfes der deutschen Papierfabriken deckt. In den letzten zehn Jahren ist der Holzpreis unter dieser Nachfrage um 100 Proz. gestiegen.

Schwedische Elektrizität für Dänemark. Die Südschwedischen Kraftwerke planen die Abgabe von Elektrizität an Dänemark durch Leitung von Leitungen auf dem Grunde des Meeres. Die Kosten für die Übertragung werden auf 630 000 Kronen veranschlagt.

Soziales.

Entschädigung bei „Aussehen“.

Vor der Kammer II des Gewerbegerichts klagte Frä. M. auf Zahlung von 38,25 M. als Lohn für die Dauer von 14 Tagen. Die Klägerin war vom 1. Oktober bis 10. November als Garniererin im Schuhgeschäft von Gertrud Alexander beschäftigt. An Gehalt bezog sie monatlich 125 M. Die Kündigungstrift war eine vierzehntägige. Wie die Klägerin in der Verhandlung angab, hat sie am 10. November ihre Stellung zum 24. November gekündigt. Die Beklagte habe die Kündigung nicht angenommen, sie aber auch nicht weiter beschäftigt. Von der Beklagten wurde die kostenpflichtige Abweisung der Klage beantragt. Am Sonnabend, den 8. November, habe sie der Klägerin gesagt, sie müßte vorläufig aussehen. Diese habe nichts dagegen eingewendet, sondern erst am nächsten Tage gesagt, sie könne nicht aussehen. Auch habe sie dabei gekündigt.

Die Klägerin behauptete, bereits am Sonnabend gesagt zu haben, sie müsse sich erst überlegen, ob sie aussehe. Am folgenden Tage habe sie gesagt, sie könne nicht aussehen, sondern verlange Beschäftigung für die Dauer der vierzehntägigen Kündigungstrift. Trotzdem habe sie innerhalb der 14 Tage stets zur Verfügung gestellt habe, sei sie nicht beschäftigt worden. — Eine als Zeugin benannte Schuhmacherin bestätigte die Angaben der Klägerin in vollem Umfange.

Darauf wurde die Beklagte verurteilt, an die Klägerin 38,25 M. zu zahlen. Diese habe sich mit dem Aussehen nicht einverstanden erklärt und hatte somit Anspruch auf Zahlung während der 14 Tage.

Bei dieser Gelegenheit sei wiederholt betont, daß der Arbeitgeber kein Recht hat, vom Arbeiter zu verlangen, er solle aussehen, ohne Zahlung des Lohnes zu erhalten. Oft nehmen leider Gerichte an, wenn der Arbeiter der Forderung auszugehen nicht widerspricht, sei sein Einverständnis damit ausgedrückt, daß er keine Zahlung erhalte. Diese Praxis des Gerichts ist eine falsche; aber es ist mit Rücksicht darauf, daß sie statifindet, dem Arbeiter zu raten, ausdrücklich zu entgegnen, mit einer Aussetzung sei er nur einverstanden, wenn der Lohn weiterbezahlt werde. Die erwähnte Praxis ist eine falsche. Denn der Arbeiter hat nach § 2 des Lohnbeschlagnahmengesetzes kein Recht auf den ihm zukommenden Lohn vor dem Fälligkeitstage zu verzichten. Diese Vorschrift ist zum Schutz des Arbeiters gegeben. Ein solcher Verzicht wäre nach dem § 2 des Lohnbeschlagnahmengesetzes unzulässig. Die erwähnte Praxis ist aber auch deshalb falsch, weil ein Verzicht auf Lohn nicht daraus zu folgern ist, daß der Arbeiter zu dem Vorschlag auszugehen schweigt. Es hätte also im vorstehenden Fall ohne weitere Beweisaufnahme Verurteilung erfolgen müssen. Indessen zeigt dieser Fall, wie weit verbreitet die irrige Praxis und wie rasch es ist, ausdrücklich zu erklären, daß für die Zeit des vorgefallenen Aussehens Lohn zu zahlen ist.

Von der Hilfslorente.

Das Gesetz macht bekanntlich einen Unterschied zwischen völliger Erwerbsunfähigkeit und völliger Hilfslosigkeit. Beim Vorliegen völliger Erwerbsunfähigkeit wird die Vollrente gewährt, welche nur 66 2/3 Proz. des Jahresarbeitsverdienstes beträgt. Die Hilfslorente kann bis zu 100 Proz. des Jahresarbeitsverdienstes betragen. Hilfslos ist, wer ohne fremde Wartung und Pflege nicht bestehen kann.

In einem Falle trat nun infolge einer gewissen Besserung gegenüber dem Zustand bei Bewilligung der Hilfslorente ein, als der Verletzte nicht mehr in liegender Stellung zu verharren brauchte, sondern mit Hilfe eines Selbstfahrers sich in sitzender Stellung fortbewegen konnte. Die Berufsgenossenschaft setzte dem Betroffenen hierauf die Rente herab, wurde jedoch vom Reichsversicherungsamt zur Weiterzahlung derselben in der bisherigen Höhe verurteilt. Aus der Begründung heben wir hervor:

„Das Unlücken des Kreisarztes bietet keinen Anhaltspunkt für die Annahme, daß die durch ein Rückenmarksleiden bedingte Lähmung der Beine und der Bauchmuskeln zurückgegangen ist. Die Möglichkeit des Klägers, mit Hilfe des Selbstfahrers eine Aufstärkung auszuüben, darf nicht überschätzt werden. Er wird, da die Konstruktion eines solchen Selbstfahrers in der Regel nur

für gute, ebene Wege berechnet ist im wesentlichen an die Landstraße gebunden, zur Befahrung von Feldwegen, geschweige denn von Aedern und Wiesen aber nicht imstande sein. Es ist auch nicht ersichtlich, daß der Kläger jetzt fremde Hilfe erheblich weniger nötig hat, als früher. Speisen und Getränke konnte er, da Arme und Hände unterseht sind, auch früher, als er noch bettlägerig war, ohne fremde Unterstützung genießen. Aus diesem Grunde konnte er schon vordem den Oberkörper allein bekleiden. In demselben Maße, in dem er aber vordem auf fremde Hilfe angewiesen war, bedarf er derselben in der Hauptsache auch jetzt noch, so bei der Stotterleerung, beim Urinieren, beim Bekleiden der Beine und Füße mit Hosen, Strümpfen und Schuhen, beim Auffuchen und Verlassen des Bettes und des Fahrstuhls, wobei er hinein- und herausgehoben werden muß.“

Wenn nun alledem trotz einer geringen Besserung im Zustande des Verletzten dieser auch jetzt noch als hilflos im Sinne des Gesetzes anzusehen ist, so muß ihm die bisherige Rente auch weiterhin belassen werden.“ (Aktenzeichen Ia 23581/11.)

Zum Wohnungselend der Gärtnergehilfen.

Die „Allgemeine Deutsche Gärtnerzeitung“ bringt eine Beschreibung und photographische Abbildung eines Logis von Gärtnergehilfen in der Handlungsgärtnerei Josef Kohout in Nikolassee bei Berlin.

Die Gehilfen wohnen im Gewächshaus in geradezu entsetzlicher Weise. Ruffige Luft strömt dem Eintretenden aus dem Gewächshaus entgegen. Am Ende des Gewächshauses befindet sich eine Feldbettstelle mit lumpenartigen Decken bedeckt, früher befand sich dort die Ställe. Als vor einiger Zeit der Schuppen, in dem die Gehilfen wohnen, abbrannte, brach man in dieser Gewächshaus-hütte ein Stück Ställe ab und platzierte dort ein Bett hin. Das ist der Wohn- und Schlafraum der Gehilfen. Das Kopfende des Bettes reicht an die Querwand des Sattelhauses, während das Fußende an die Ställe stößt. Die Seitewand besteht aus alten Baubrettern, deren mehrere noch das Zeichen S. A. G. (Heimstätten-Aktiengesellschaft) tragen. Die Röhre ist von 1 bis 2 Fingerbreite und vorhanden. Damit die Kälte nicht zu sehr eindringen kann, hat man von außen Laub gegen gepackt, das man mit den Fingern in den Innenraum ziehen kann. Natürlich herrscht Zugluft. Die armen Bewohner dieser Höhle werden den Husten nicht mehr los. Das Bett steht auf dem nassen Erdboden, der vollständig naß ist. Ein Unterbett gibt es nicht. Als Bettuch dient eine ausgebeutete Diwandede, als Oberbett sind 2 Stieppeden mit großen Löchern vorhanden. In diesem Bett von ungefähr 75 Zentimeter Breite schlafen 2 Menschen im Alter von 18 bis 20 Jahre. In demselben Gewächshaus, in dem diese jungen Menschenkinder lampieren, befinden sich verkaufte Pflanzen und werden ein halbes Dutzend stramme Karnickel gemästet. In demselben Raum strömt auch eine Tonne mit Jauche ihren Gestank aus.

Wie kann die Behörde einen derartigen gesundheitsgefährlichen Raum als Wohn- und Schlafraum zulassen? Deutsche Gärtnergehilfen hat Herr Kohout nicht erhalten. Zwei arme Tischechen haufen in dem Raum. Sie erhalten das furchliche Monatsgehalt von 20 bis 30 M., neben freier „Station“. Wie die Wohnung beschaffen ist, haben wir oben geschildert. Der andere Teil der Station — das Essen — ist so knapp bemessen, daß die armen Leute noch von ihrem fargen Lohn zulegen müssen, um wenigstens leben zu können.

Nikolassee ist eine Mienenkolonie. In der Polizeibehörde, dem Amtsvorsteher und dem Landrat bekannt, daß solch, die Gesundheit und Sittlichkeit aufs ärgste gefährdende Koch jungen Leuten als Logis gegeben wird? Deshalb schreit sie nicht ein!

Reichstheatergesetz und Bühnengenossenschaft.

Aus dem Bureau der Bühnengenossenschaft wird uns geschrieben:

Der Schwerpunkt des Gesetzes liegt für die Genossenschaft in der Kündigung- und in der Toilettenfrage. Im Mittelpunkt der Kündigungsparagrafen steht der § 18, der in der Fassung des Entwurfs folgendermaßen lautet: „Wird eine Kündigungsfrist vereinbart, so muß sie für beide Teile gleich sein.“ Nach Ansicht der Genossenschaft muß dieser Paragraf eine Fassung erhalten, die die Parität des Kündigungsrechts unzweifelhaft zur Geltung bringt. Aus demselben Grunde werden die Vertreter der Genossenschaft mit aller Energie darauf bestehen, daß auch die mehrjährigen Verträgen beiden Teilen das Kündigungsrecht zusteht und nicht einseitig dem Unternehmer verbleibt, wie der § 23 es will. Die Genossenschaft folgt da Forderungen, die neuerdings wieder aus allen Kreisen der Bühnengebietten an sie ergangen sind. Es kann auch vom Standpunkt der Genossenschaft nicht dem Verlangen zugestimmt werden, daß Bühnengebietten mit mehrjährigen Verträgen in der zwischen den Spielzeiten liegenden Zeit in ihrer Tätigkeit beschränkt werden dürfen, sofern sie in dieser Zeit vom Unternehmer nicht beschäftigt werden.

In der Toilettenfrage stellt die Genossenschaft auf dem Standpunkt, daß der Bühnengebietten den Mitgliedern alle Kleidungsstücke zu liefern hat, mit Ausnahme derjenigen, die ausschließlich zum persönlichen Privatgebrauch des Mitgliedes dienen. Die Fassung des Regierungsentwurfs erscheint hier zu unklar und kann leicht zu Mißverständnissen führen.

Ferner wünscht die Genossenschaft auch die Kolonialfrage im Gesetz berücksichtigt zu finden. Sie schlägt vor, daß Koloniale an Theatern nur angenommen werden dürfen, wenn das darstellende Personal in allen Häusern voll besetzt ist. Ferner wird die Bühnengenossenschaft die Forderung erheben, daß in Zukunft auch die von dem langjährigsten Unternehmer in Aussicht genommenen Stellvertreter denselben gesetzlichen Vorschriften genügen müssen wie die Konzeptionäre selbst.

Als ein äußerst wichtiger Punkt gilt der Genossenschaft die Beseitigung der Vorprobenfrage, die bisher nur teilweise oder gar nicht bezahlt worden sind. Die Bühnengenossenschaft vertritt hier die Ansicht, daß die Verpflichtung zur vollen Gehaltszahlung für den Unternehmer mit dem Anfang der Tätigkeit des engagierten Mitgliedes einsetzt.

Ein Polizeipikeet als Postler.

Der Handlungsgehilfe Willi Janotta, Schöneberg, Raststraße, ersucht uns um Feststellung, daß er mit dem Polizeigehilfen Willi Janotta, Christinenstraße 32, über dessen Prozeß vor dem Gewerbegericht wir am Mittwoch berichteten, nicht identisch ist. Wir kommen diesem begreiflichen Wunsch hiermit nach.

Gerichts-Zeitung.

Rechtshilfe in Reichstagswahlen.

Die „Deutsche Juristen-Zeitung“ teilt einen Beschluß des Kammergerichts vom 2. August 1912 über die Frage mit, ob ein Amtsgericht dem Erfuchen des Reichstags um Zeugenvernehmung in Wahlfragen stattzugeben habe. Aus Anlaß der Prüfung der Wahl des Abgeordneten Kaempf hatte der Reichstag bekanntlich beschlossen, mehrere Personen als Zeugen vernehmen zu lassen. Im Auftrage des Oberpräsidenten ersuchte der Berliner Magistrat das Amtsgericht Berlin-Mitte um diese Vernehmung. Dies lehnte das Gericht ab, weil ihm nicht ersichtlich sei, auf welche Rechtsnorm das Erfuchen sich stütze. Auf Beschwerde des Magistrats wies das Kammergericht aus folgenden Gründen zur Vernehmung an: Die in Artikel 27 der Reichsverfassung begründete Legitimation des Reichstags,

die Legitimation seiner Mitglieder zu prüfen und darüber zu entscheiden, schließt notwendig das Recht in sich, die erforderlichen Ermittlungen zu veranstalten und die gerichtliche Vernehmung von Zeugen anzuordnen. Daß die Gerichte dem durch Vermittelung der zuständigen Verwaltungsbehörden an sie gerichteten Erfuchen um Vernehmung zu entsprechen haben, ergibt für Preußen der noch geltende § 38 der Verordnung vom 2. Januar 1849.

Eine nette Pflanze.

Ein gemeingefährlicher Erpresser, durch dessen Tätigkeit zahlreiche ältere vermögendere Damen in Berlin-Weßen in Angst versetzt worden waren, wurde gestern auf längere Zeit unschädlich gemacht. Aus der Untersuchungshaft wurde der 23jährige Handlungsgehilfe Willi Köhler vorgeführt, um sich wegen wiederholter Erpressung zu verantworten.

Der Angeklagte sollte dem Lehrerberuf einschlagen. Er verübte jedoch auf dem Seminar allerlei Dummheiten, so daß er es vorzog, eines Tages spurlos zu verschwinden, da er mit einer zwangsweisen Entfremdung zu rechnen hatte. Er kam dann nach Berlin. Anfangs vorigen Jahres sah er den Plan, sich durch systematisch eingeführte Erpressungsversuche in den Besitz von größeren Geldbeträgen zu setzen. Er suchte sich aus dem Adreßbuch die Namen mehrerer am Kurfürstendam wohnhafter Damen heraus, an die er nacheinander Drohbriefe richtete. So erhielt u. a. eine am Kurfürstendam wohnhafte vermögendere Dame einen Brief, in welchem sie aufgefordert wurde, binnen 7 Stunden an ein Postamt den Betrag von 200 Mark zu senden. In diesem Briefe wurde mitgeteilt, daß sich unter dem Namen „Der schwarze Ring“ ein über ganz Deutschland verbreiteter Geheimbund gebildet habe, der es sich zur Aufgabe gemacht habe, reichen Leuten den Ueberfluß abzunehmen, um damit arme, vom Schicksal verfolgte Menschen glücklich zu machen. Weiter wurde gesagt, sie solle sich gar nicht erst an die Polizei wenden, da diese dem Geheimbund gegenüber machtlos sei.

Eine Rentiere Sch. am Kurfürstendam erhielt einen ähnlichen Erpresserbrief, in welchem ihr unter Hinweis auf das Lichtenroder Bombenattentat angedroht wurde, daß auch sie das Augenlicht verlieren würde, wenn sie die Polizei benachrichtigen würde.

In einem an eine Privatiers R. gerichteten Brief drohte der Erpresser, daß an eine Reihe von Damen der Gesellschaft Schmalbriese mit Enthüllungen aus den Familienverhältnissen der Empfängerin berichtet würden, wenn sie nicht 200 M. zahle.

Die sämtlichen Briefe wurden der Kriminalpolizei eingereicht. Von dieser wurde ein sehr umfangreicher und mühsamer Ueberwachungsdienst auf einer Reihe von Postämtern eingerichtet. Da der Angeklagte, der offenbar mehrere Mitwisser haben mußte, mit dem nur denkbaren Raffinement vorging, waren längere Zeit hindurch alle Bemühungen ergebnislos. Erst als eines Tages von einem Fabrikbesitzer H. und dessen Geschäftsführer W. mehrere Erpresserbriefe der Polizei überhandt wurden, gelang es endlich, dem dreizehn Erpresser auf die Spur zu kommen. Der Fabrikbesitzer H. erhielt eines Tages einen Brief, in welchem ihm mitgeteilt wurde, daß er von Mitgliedern des „schwarzen Ringes“ seit Wochen beobachtet worden sei. Hierbei sei festgestellt worden, daß er junge Frauen verschleppe und sie heimlich mache. Wenn er nicht sofort 1000 M. an den „schwarzen Ring“ zahle, werde Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet werden. Von H. wurde dieser wie auch ein weiterer Erpresserbrief unbeantwortet gelassen. Erst später ergab es sich, daß der Angeklagte den H. mit seinem Geschäftsführer W. verwechselt hatte. Als dieser eines Nachts das Schöneberger Ufer entlang ging, trat ihm plötzlich der Angeklagte mit tief in das Gesicht gedrücktem Hut und hochgeschlagenem Rockkragen entgegen und überreichte ihm, ohne ein Wort zu sagen, einen Brief. Im nächsten Augenblick war er spurlos verschwunden, ehe W. sich von seiner Verblüffung erholt hatte. In dem Briefe wurde er beschuldigt, sich gegen den § 175 vergangen zu haben, und zwar wurden ihm genau Ort und Datum angegeben. Der Angeklagte ging in seiner Furcht sogar soweit, unter den angeführten Zeugen seinen eigenen Namen mit voller Adresse anzugeben. Als Kriminalkommissar Dr. Kopp diesen Brief erhielt, kam er sofort auf die Vermutung, daß der Angeklagte der Verfasser sämtlicher Erpresserbriefe sei. Als er ihm dies auf dem Kopf zusagte, legte Köhler ein Geständnis ab.

Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr und 9 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf 2 Jahre Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust, da es sich um einen gemeingefährlichen Erpresser handelte, vor dem die Menschheit auf möglichst lange Zeit geschützt werden müsse.

Ein gefährlicher Arbeitgeber.

In schamloser Weise hat der Stepper Paul Ritsche seine Stellung als Arbeitgeber einer jungen Arbeiterin gegenüber ausgenutzt. Ritsche hand gestern unter der Anklage der wiederholten Verleumdung und Sittlichkeitsvergehen vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte betreibt eine Steppmanufaktur, in welcher auch ein vierzehnjähriges Mädchen beschäftigt war. Der Angeklagte hat sich nicht gekümmert, diesem Mädchen oft Gemeinheiten geschlechtlicher Natur zu erzählen; er ging auch noch weiter und berührte den Körper des Mädchens wiederholt in ganz schamloser Weise. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 1 Jahr Gefängnis.

Aus aller Welt.

450 000 Mark unterschlagen.

Gewaltige Unterschleife sind bei der Bankfirma Gebrüder Lössbede u. Co. in Braunschweig entdeckt worden. Die Unterschlagungen, die den Betrag von 450 000 M. erreichen, sind von einem seit vielen Jahren bei dem Bankhause angestellten Buchhalter Adolf Auerbach verübt worden, der mit einem Komplizen, dem Kaufmann Alexander Weber, flüchtig geworden ist. Die Unterschlagungen sind im Dezember 1910 begonnen worden, und zwar durch Fälschung von Depots und Anerkennungsscheinen. Die beiden Flüchtlinge haben die Effekten bei anderen Braunschweiger Banken lombardiert. Das Bankhaus Lössbede hat diese verpfändeten Effekten eingelöst und die noch vorhandene Differenz voll gedeckt, so daß irgend eine Schädigung der Kundenschaft des Bankhauses in keiner Weise eintritt. Auerbach ist von dem Kaufmann Alexander Weber zu diesen Unterschlagungen angezettelt worden. Sowohl hinter Auerbach als auch hinter Weber sind Stehbrieve erlassen worden, da Weber anscheinend von den Unterschlagungen Auerbachs den größten Vorteil erzielt hat. Die Staatsanwaltschaft hat umfassende Maßnahmen zur Verfolgung der Flüchtlinge getroffen. Der Kaufmann Alexander Weber war früher Angestellter des Bankhauses Gebrüder Lössbede und ist vor etwa 6 Jahren plötzlich entlassen worden, angeblich weil er damals unerlaubte Spekulationen auf eigene Rechnung getrieben hat. Weber ist eine in Braunschweig wohlbekannt Persönlichkeit und zurzeit Inhaber der Firma Webers Rasenbleiche und Geschäftsführer der Dauerwäschefabrik „Overclean“, Braunschweig-Räntingen.

Ein Weg des Todes.

Es ist bekannt, daß die amerikanischen Eisenbahnen in der Zahl der Opfer von Unglücksfällen, Zusammenstößen und Entgleisungen alle anderen Bahnsysteme der Welt übertreffen. Weniger bekannt aber ist es, daß die weitaus größte Zahl von Todesfällen in amerikanischen Bahnwesen auf eine eigenartige amerikanische Gewohnheit zurückzuführen sind: auf die Vorliebe des Amerikaners, die Eisenbahnlinie als Weg zu benutzen. Das gilt besonders im Westen, wo die Straßenverhältnisse noch viel zu wünschen übrig lassen und wo die Wanderer und die Landbevölkerung

den Schienenstrang als die bequemste und beste Straße benutzen. Die Leute rechnen natürlich damit, daß sie auf ihrer Fußwanderung zwischen einem Gleis das Herannahen eines Zuges stets rechtzeitig hören werden, so daß sie dann sich durch einen Schritt zur Seite leicht in Sicherheit bringen können. Daß aber diese Hoffnung oft trügerisch ist, zeigt eine düstere Statistik, die in den „Engineering News“ veröffentlicht wird. Da zeigt sich, daß im vergangenen Jahre durch Eisenbahnunfälle 290 Passagiere und 298 Bahnbeamte getötet wurden. In der gleichen Zeit aber erreichte die Zahl der sogenannten Streckenwanderer, der Leute, die auf den Schienen einherwanderten, und dabei vom Tode ereilt wurden, die furchtbare Zahl von 6438 Menschen. Nur 1/3 dieser Todesfälle ereigneten sich an Bahnübergängen; alle übrigen Todesfälle waren, wie das New Yorker Fachblatt ausführlich, lediglich zurückzuführen auf die schlimme amerikanische Gewohnheit, den Schienenweg als Landstraße zu benutzen.

Erbarungsloses Recht.

Aus Rom wird uns geschrieben: Dem Vuchstaben des Gesetzes, der so viele Opfer heischt, ist dieser Tage ein Mailänder Postbeamter hingebracht worden, obwohl es den Richtern selbst seiner jammerte. Der Mann, der die Kasse unter sich hatte, kam durch schwere Krankheit in der Familie in dringende Geldnot. Er wußte, daß er binnen kurzen eine größere Geldsumme, die man ihm schuldet, einfordern würde. Da aber die Krankheit dringend Ausgaben forderte, unterschlug er Gelder und änderte die Eintragungen. Im ganzen waren es 1424 Lire, die er nach wenigen Wochen zurückzahlen konnte. Ein Biederermann zeigte den längst wieder gutgemachten Schaden in einem anonymen Brief der Postbehörde an. Der unglückliche Beamte verlor seine Stellung und wurde noch zu elf Monaten Gefängnis verurteilt, dem Minimum, das das Strafrecht zuläßt. Verteidigt wurde er von dem früheren Untersuchungssekretär im Postministerium, dem Abgeordneten Ronchetti.

Hamburg Millionenstadt.

Am 1. Januar 1918 trat nach Anordnung des Hamburger Senats das Gesetz über den Anschluß einer Zahl von Landgemeinden an das Stadtgebiet Hamburg in Kraft. Nunmehr hat die Stadt Hamburg die erste Million an Bewohnern überschritten. Nach der letzten Personenaufnahme vom 1. November

1912 betrug die Bevölkerung der Stadt Hamburg an diesem Tage 986 804, die der eingemeindeten Ortschaften 20 944, so daß die Stadt seit 1. Januar mindestens 1 007 748 Seelen zählt. Das Areal der Stadt stieg durch die Eingemeindung von 7897,46 Hektar auf 12 854,81 Hektar.

Kleine Notizen.

Zwei Menschenleben um 200 Mark. Auf dem Gute Salzlosäthen bei Driesen in der Mark wurden in der Silbesternacht der 70 Jahre alte Besitzer Bernise und seine Frau ermordet und beraubt. Die Frau gab bei Entdeckung der grauen Tat noch Lebenszeichen von sich. Dem Mörder fielen etwa 200 M. in die Hände. Der Tat verdächtig ist ein früherer Knecht des Gutsbesizers.

Die Typhusepidemie in Hanau beim Eisenbahn-Regiment Nr. 3 hat ein neuntes Opfer gefordert. Der Pionier Stettner aus Dreißbach (Kreis Siegen) ist gestorben. Die Zahl der Erkrankten beträgt zurzeit 192, darunter sind acht schwerkrank.

Blutige Silvester. In der Silbesternacht wurde in Hamborn der 15 Jahre alte Bergmann Franz durch Revolverkugeln getötet. Es liegt fahrlässige Tötung vor. In dem benachbarten Schmidthorst wurde der Bergmann Klügel bei einer Silvesterfeier durch mehrere Messerstiche getötet. Der Täter wurde verhaftet.

Die Cholera in Konstantinopel. Der furchtbare Bürger Cholera fordert in Konstantinopel täglich neue Opfer. Gestern sind drei- und zwanzig Cholerafälle vorgekommen, wovon einer tödlich verlief. Die Gesamtzahl der Erkrankungen beträgt bisher 2942, die der Todesfälle 1140.

Ein Triumph der Technik. Einer offiziellen Meldung aus Washington zufolge ist es gelungen, eine drahtlose Depesche direkt vom Eiffelturm nach der Station Arlington in Amerika zu befördern. Es bedeutet dieses einen neuen Rekord, denn die Entfernung zwischen der französischen und der amerikanischen Station beträgt etwa 7000 Kilometer.

Briefkasten der Redaktion.

N. B. 55. Im Bureau des Reichstages oder durch einen Abgeordneten.
N. B. 103. Die Adressen der 23 Bezirke können Sie eventuell hier einsehen. — N. B. 1000. Fragen Sie bei der Gesellschaft Leipzig

Blatt 8 an. — G. Z. Das ist so im allgemeinen nicht zu sagen. — N. B. 1863. Nicht für den Briefkasten geeignet. Kremlatorium in der Gerichtstraße. — N. B. N. 3. Der angezogene Parteitagbeschluss fordert alle Parteigenossen auf, den Schnaps zu meiden. — W. G. Preis. Wenn Sie nicht bei einem guten Ausflieger entgegenkommen finden, fragen Sie vielleicht einmal bei den Lehrern der Hochschule in der Palaststr. 1 an. — W. B. 39. 1. und 2. Aus der Postliste des Königs. 3. und 4. Die den Chagren zustehenden Bezüge bei vierlicher Dienstleistung. In die Sitzungsdebattation des Magistral, Poststr. 16. Münchlich oder schriftlich. — G. J. Preis. Auf so dumme Toilettenartikel zu verfallen wie uns nicht. 2. Unverständlich. Kmooperatore sind dem Metallarbeiterverband angegeschlossen. — G. J. 44. 1. Bei regelmäßiger Geburt 7,50 bis 30 M. 2. Verein für Hauspflege. Wohnungen in der Zentrale, Fiegelstr. 10 oder bei Herrn Rektor Kallischer, Kleine Frankfurter Str. 6. — N. B. 89. Annoncieren Sie selbst. — Arbeitersekretariat F. in Schl. Berlin, Kronenstr. 89. — W. B. 27. Sie geben die Reihenfolge richtig an. — N. B. 30. 1. Nicht die Stadt, aber in der Postliste Fiegelstr. 10, Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 3-4 Uhr. 2. Taschen zu

Ein frohes neues Jahr wünscht allen werden Gästen
Karl Bandowsky,
Blasienstr. 2.

Allen Freunden und Bekannten
wünscht ein frohes neues Jahr
Fritz Klatt
und Frau.

Schantzstr. 101/102

Frohes Neujahr wünscht
allen seinen Gästen u. Bekannten
Georg Haase,
Hochstr. 31.

Ein frohes Neujahr
wünscht seinen Freunden und Gästen zu
Gustav Müller,
Thüringer Str. 5.

Ein frohliches Neujahr
wünscht all. Freunden u. Gästen
Frdr. Lohde,
Neukölln, Stolmetz-
Ecke Falkstraße.

Allgemeine Orts-Krankenkasse für Berlin-Tempelhof

sucht einen mit der Arbeiterversicherungsgezehung und Korrespondenz durchaus vertrauten tüchtigen Kassenbeamten.

Bestellung nach Tarif. Lebenslauf sowie Zeugnisabschriften sind bis spätestens 15. Januar 1913 an die Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Tempelhof einzusenden.

Der Vorstand 1912/13 der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Berlin-Tempelhof.
(ges.) Albert George, 1. Vorsitzender.

Taschenbuch für Gartenfreunde
Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Tier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Geshörner. Zweite vermehrte Auflage. Mit 187 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

„... Ein Vorzug von Konsumierholzstoffen
sicheln hauptsächlich in der Lilligkist,
Im Hoflopfwerk und der Lilligkist.“

Über 34,000 ähnlich lautende schriftliche Anerkennungen!

Jeder
20^{te} Deutsche
trägt
Condor-Schuhe
Der beste Beweis unserer
Leistungsfähigkeit.

Inventur-Ausverkauf

Nur tadellose Qualitäten! Beispiellos billige Preise!

MARKE CONDOR

Warenzeichen

Damen - Schnürstiefel
Unser Original - Goodyear - Welt - Fabrikat

la Chevron	statt 14.50 jetzt	7 ⁰⁰
la Chevron, Lackkappen,	statt 16.50 jetzt	10 ⁰⁰
la Kallblack	statt 12.50 jetzt	8 ⁰⁰
la Kallblack	statt 18.50 jetzt	11 ⁰⁰

Feinste Ausstattung

Damen-Tanzschuhe

Kallblack mit Spangas	statt 5.00 jetzt	3 ⁰⁰
la Bronzeleder, ausgeschn.	statt 6.75 jetzt	4 ⁰⁰
la Bronzeleder, Pumps	statt 7.50 jetzt	3 ⁰⁰
Weiss Glatleder, ausgeschn.	statt 4.25 jetzt	2 ⁴⁵
la Kallblack, Cavotte	statt 10.50 jetzt	7 ⁰⁰

Moderne Genres

Herren - Schnürstiefel
Unser Original - Goodyear - Welt - Fabrikat

la Chevron oder Doxalf	statt 14.50 jetzt	10 ⁰⁰
la Chevron oder Doxalf, feinste Ausführung	statt 16.50 jetzt	11 ⁰⁰

Nur tadellose Qualitäten

Herren-Schnürstiefel

Echt Chevron	statt 10.50 jetzt	7 ⁰⁰
Echt Doxalf	statt 10.90 jetzt	8 ⁴⁰
la Doxhorse	statt 9.50 jetzt	6 ⁰⁰
Schnallenstiefel für empfindliche Füße Doxalf	statt 12.50 jetzt	8 ⁰⁰

**Unser Condor-Patent-
Herren-Schnürstiefel
ohne zu schnüren!**

la Doxalf, Original Goodyear-Welt
statt 16.50 jetzt **11⁰⁰**

**Mädchen-
und Knaben-Schnürstiefel**

Doxalf, durch-	25-26	27-28	29-30	31-33	34-36	36-38
gentier-Randschleife, jetzt	3 ⁰⁰	4 ⁵⁰	4 ⁰⁰	4 ⁹⁰	5 ¹⁰	6 ⁵⁰
Knopfstiefel, echt	sonst 5.50	6.00	6.50	7.00	7.50	
Chevr. od. Doxalf	jetzt 4 ⁵⁰	5 ⁰⁰	5 ⁵⁰	6 ⁰⁰	6 ⁵⁰	

**Kinder-Knopf-
stiefel, echt Chevr.**

17-21	22-24	25-26
sonst 2.50	3.75	4.50
jetzt 1 ⁰⁰	3 ¹⁰	3 ⁸⁵

10% Bar
auf sämtliche Lederartikel

Wir bringen Aussergewöhnliches

45%
auf diverse Lederartikel

Wir bringen Aussergewöhnliches

**Conrad Tack & Cie. Akt.-
Schuhfabrik Burg b. Magdeburg**

150 Verkaufsstellen im Deutschen Reiche, davon in Berlin u. Umgegend:

C. Spittelmarkt 18	N. Friedrichstraße 127	SO. Oranienstraße 2a
C. Rothenheimer Straße 14	N. Mollaterstraße 3	SO. Oranienstraße 33
W. Potsdamer Straße nur 50	N. Reinickendorfer Straße 23	SO. Wrangelstraße 49
W. Schillstraße 16	N. Brunnensstraße nur 37	SW. Friedrichstraße 240-241
NW. Turmstraße 41	N. Denziger Straße 1	Charlottenburg
NW. Wilsnacker Straße 23	O. Androsser Straße nur 50	Wilmersdorfer Str. 121-123
NW. Deusselstraße 29	O. Frankfurter Allee 125	Neukölln: Burgstraße 50-51
		Potsdam: Brandenburg Str. 54

Spandau Wald und der Zweckverband.

Die Waldschutzbestrebungen des Zweckverbandes Groß-Berlin stehen nicht nur beim Forstfiskus, sondern auch bei Gemeinden auf manche Widerstände. Auch Gemeinden denken, wenn sie noch Waldungen besitzen, nicht immer an die Notwendigkeit, sie als Quelle der Volksgesundheit zu bewahren.

Die Frage war „brennend“ geworden, nachdem die Stadt Spandau die an der Havel gelegenen Rastwiesen von etwa 20 1/2 Hektar erworben hatte, um sie samt einem abschließenden, etwa 200 Hektar umfassenden Gelände als Spandauer Waldbesitz zu verkaufen.

Der Ausschuss des Zweckverbandes hat, was Spandau da plant, zu verhüten gesucht. Wegen der Höhe des mit dem Unternehmer vereinbarten Preises schien es dem Verbandsausschuss unmöglich, daß der Verband selber laufe. Nach Verhandlungen mit Spandau ist ein vom Ausschuss gebilligtes Kompromiß zustande gekommen, das jetzt der Vollversammlung des Zweckverbandes für ihre am 6. Januar stattfindende Sitzung zur Beschlußfassung vorgelegt wird.

Die Vorlage des Verbandsausschusses hebt hervor, daß durch das Abkommen zwar weder der Verband noch Spandau volle Befriedigung ihrer Wünsche finden, aber ein Ausgleich der Interessen beider Teile herbeigeführt werde.

Partei-Angelegenheiten.

Vierter Kreis (11. Abteilung). Heute Abend 8 1/2 Uhr findet im Lokal „Silb-Ditt“, Waldemarstraße 75, eine Versammlung statt. Referent: Genosse Franke. Diskussion.

Landtagswahlkreis Westow-Storlow-Teltow-Berlin-Wilmersdorf. Am Sonntag, den 5. Januar, findet von den bekannten Stellen aus eine allgemeine Flugblattverbreitung statt. Regere Beteiligung aller Genossen ist dringend erforderlich. Das Wahlkomitee.

Königs-Wasserhausen. Am Sonntag, den 5. Januar, früh 8 Uhr, in allen drei Bezirken Flugblattverbreitung. Die Genossen treffen sich hierzu in ihren Bezirkslokale.

Berliner Nachrichten.

Silvestertrübel in Berlin.

Silvestertrübel! Ein kalter Frosthauch hat das Regenwetter abgelöst, und vom dunklen Winterhimmel bliden die Sterne hell und freundlich auf die brausende Weltstadt herab. Die Geschäfte haben längst geschlossen, die Restaurants und öffentlichen Lokale sehen gerüstet dem kommenden Trübel entgegen.

Noch ist nichts zu merken von jedem Antillen und toller Ausgelassenheit, recht sitzbar und manierlich schreiten Männlein und Weiblein einher. Aus allen Stadtgegenden sind Schaulente zusammengedrungen, die einzeln und in Trupps sich nach dem Kulminationspunkt des Berliner Silvesterlebens

begeben. Unter den Augen von Jagows Garde kann sich nunmehr der Jahreswechsel vollziehen. Doch kein störendes Ereignis tritt ein, überall nur friedlich-frohe Gesichter und wie ein riesiges harmloses Maultier schiebt sich wurmartig zu beiden Seiten der Friedrichstraße eine enggekeilte Menschenmenge. Von Rabauftimmung keine Spur, denn noch schlummern wohlgebändig die Geister der Essenzen unter Stammolverschluß in langhalsigen Flaschen.

Hier und da rotet sich ein Klumpen Menschen zusammen, aus deren Mitte die blanke Spitze eines Schutzmansshelms wie der drohende Feigefinger der strafenden Nemesis aufragt. Alte Frauen, die sich durch den Verkauf von Papiertosen, Papptrompeten und ähnlichen Zuzartikeln im alten Jahr noch schnell ein paar armelige Groschen verdienen wollen, müssen ihren Kram zusammenpacken und nach der Polizeiwache folgen.

Die Lokale, die geöffnet sind, insbesondere die kleineren, sind dicht gedrängt mit Menschen und die Inhaber mit ihrem Personal mühten mehr Arzenei haben und auch mehr Stühle und Tische, um allen Anforderungen gerecht werden zu können. In einer Kartoffelpufferbäckerei stehen die Gäste, wie die Heringe aufeinander gepreßt, und schlingen gierig die heißen knusprigen Kuchen hinunter.

Da, irgendwo knallt ein Schuß. Die Schutzmanssgäule bäumen sich und tänzeln unruhig hin und her. Die dampfenden Omnibusgäule heben erschreckt die Köpfe, als ein vieltausendstimmiger Schrei die Lüste durchbraut: Profit Neujahr! schallt es von allen Ecken und Enden. Glocken läuten dumpf und schwer, aus den Fenstern jubeln pumfschrohe Stimmen, und die Inassen der Droschken und Autos wechseln mit aufstehenden Fremden brüderliche Gändedrücke. Ein beängstigendes Geschleie und Gedränge setzt ein, kaum daß es möglich ist, einen Schritt vorwärts zu kommen.

Immer näher rückt der Morgen heran, doch kein Beredben der wogenden Menschenflut ist zu bemerken. Im Gegenteil, es scheinen ihrer immer mehr zu werden. Jene, die in der Häuslichkeit und in Freundestreifen den Anbruch des neuen Jahres gefeiert haben, strömen nun ebenfalls aus allen Richtungen nach dem wirbelnden Gyrenstessel der Friedrichstadt. An den fashionablen Treffpunkten der Bebe-welt fahren ununterbrochen Autos vor, mit kaum zu ent-wirrenden Menschenmäueln bepackt. Ein betrunkenen Skaballer stolpert mit einer noch betrunkeneren Gefährtin unter zuckermender Hilfe des Portiers die teppichbelegten Stufen herab dem Auto zu.

„Ab jetzt er mit de Rosenbank unterm Arm“ ruft ein kleiner Bäderjunge hinterher, der schon mit einem Storb voll Badware unterwegs ist. Jetzt tauchen auch bereits die Zeitungsfrauen auf und hinterher rückt die Kolonne der Straßentehrer. Die Arbeit tritt ihre Herrschaft an und scheidet die letzten Silvesterbummler den heimatischen Penaten zu.

Rüstig greifen die Arme der Straßenmannschaften aus, die Besen fliegen munter über den spiegelnden Asphalt hin und seggen mit Konfetti und Papierschlangen die letzten Reste des vergangenen Jahres hinweg.

Die Wirkung des Punschgenusses in der Silvestertrübel hat in zahlreichen Fällen zu recht erheblichen Ausschreitungen geführt; vor allem haben die Elemente, die sonst schon Lust zu Rabauftun, in der Silvestertrübel besonders geseitelt. Es kam zu zahlreichen Schlägereien und die Unfallsituationen hatten nicht wenig zu tun. Im ganzen sind auf den festigen Hilfsplätzen und Unfallstationen sowie auf den nächtlichen Sanitätsstationen etwa siebzehn Personen, die bei Erzeissen verwundet wurden, ärztlich behandelt worden.

Die erste Omnibusverbindung mit Neu-Tempelhof beachtet die Allgemeine Omnibusgesellschaft am 8. Januar einzurichten. Sie kommt dadurch zustande, daß die Linie 44: Schönhauser Allee-Bergmannstraße, über die Belle Alliancestraße und den Hohenzollernsorso nach Neu-Tempelhof verlängert wird. Werktags geben Wagen von der Schönhauser Allee von 5.58 bis 10.43 Uhr, außerdem einer bis zur Bergmannstraße von 10.58 bis 11.43 nachmittags.

Soldaten als Posthelfer hat die Oberpostdirektion zu Weihnachten und Neujahr zur Bewältigung des Weihnachts- und Neujahrsvorverkehrs beschäftigt. Dabei liegen Tausende hiesiger Bürger auf der Straße, die gern bereit gewesen wären, der Post gegen entsprechende Bezahlung Dienste zu leisten.

Ueber die Beförderung von Karten und Briefen am 31. Dezember und am Neujahrstag gehen und zahlreiche Beschwerden zu, aus denen ersichtlich ist, daß die Post den an sie gestellten Anforderungen in keiner Weise sich gewachsen gezeigt hat. Arbeitskräfte gab es genug, wenn die Postverwaltung ihrer Pflicht hätte gewissenhaft nachkommen wollen.

Ueber das Opfer des Polizeirevolvers, den in der Nacht vom 24. zum 25. August an der Ecke der Müng- und Dragonerstraße von einem Schutzmann niedergeschossenen Unbekannten, will jetzt endlich auch die Polizei nicht länger streiten. Auch sie will nun nicht mehr bezweifeln, daß in dem Erschossenen der neunzehnjährige Artur Fischer, ein aus der Fürsorgeerziehungsanstalt Straußberg entlassener Sohn eines in Oberkornelweide wohnenden Ehepaars Fischer, wiedergefunden worden ist. Als Frau Fischer, die schon seit längerer Zeit in jenem Opfer des Polizeirevolvers ihren verwundenen Sohn vermutet hatte, vor jetzt vier Wochen sich Photographien der Leiche zeigen ließ und sogleich den Erschossenen als ihren Sohn bezeichnete, setzte die Polizei ihren Angaben allerlei Zweifel entgegen. Es erschien dann in der Presse eine Notiz, die dreist der Mutter vorwarf, ein Märchen erfunden zu haben, um mit dessen Hilfe sich Vorteile zu verschaffen.

Spiel und Sport nennt sich eine Beilage zum Mitteilungsblatt des Turnvereins „Richte“, die als Publikationsorgan der Arbeiter-Sportvereine Groß-Berlins dient und alle 14 Tage dem Mitteilungsblatt beigelegt wird. Die Arbeiter-Sportbewegung beschränkt sich im wesentlichen auf Fußball, Turnspiel und Wandern. In einem Aufsatz an die Turn- und Sportgenossen heißt es u. a.:

„Schon drängen sich eure Feinde von allen Seiten heran, um euch durch Politikverdrehung, Turnhallenentziehung, Turnverbote und durch die ganze Nacht polizeilicher und staatlicher Radelstichpostil jeden Betrieb der Leibesübungen unmöglich zu machen. Auf die beabsichtigten Turnhallenentziehungen könnt ihr nicht besser antworten, als daß ihr alle die Gebiete übernehmt, die euch von den Turnhallen unabhängig machen.“

Freist mehr wie bisher volksmännliches Turnen (Leichtathletik, Fußball, Turnspiel, Wandern usw.)

Verzweiflungstat aus unglücklicher Liebe. Den zwölften Glöden-schlag des scheitenden Jahres hat sich ein verzweifelter Mann, der Zahnarzt Dr. Gorodiski in der Louisenstraße, erwählt, um seinen Geist aufzugeben. Die Tragik, die das Gschehen dieses Hoffnungslosen untergraben, sein Familienleben zerrüttet und neue Verdes-bande, die ihm Herz wieder antäupfen wollte, zerrissen hatte, um-wob der völlig Entmutigte im letzten Augenblick seines Daseins mit einem stillen Zauben von Romantik. Festlich geleidet, als ginge es zu eitel Spiel und Tanz, harzte Dr. Gorodiski dem letzten Glöden-schlag des alten Jahres entgegen. Auf seinen Wunsch ertönten im Nebenzimmer durch die Tochter der Pensionsinhaberin die feierlichen Töne des Händelschen Largo. Und in dem Augenblick, da die Uhr zwölf schlug, krachte der Schuß, durch den der Unglückliche selbst seinen Lebensfaden jäh zerriß. Vor dem Selbstmord hat Dr. Gorodiski noch eine heilige ergreifender Abschiedsbriefe geschrieben. Auch der Redaktion des „Tageblatts“ sandte er ein Schreiben, das folgenden Wortlaut hat: „Am falschen Kommentaren vorbeugen, will ich Ihnen nur mitteilen, daß man mir meine Braut gewaltsam weggeholt und sie wochenlang derart mit Verdrängungen bearbeitet hat, daß sie schließlich alles glaubte. Da man mir jede Gelegenheit nahm, sie zu sprechen und auf-zuklären und ihr die höchste Meinung über meine Person zu nehmen, so habe ich eben ein Ende gemacht. Hochachtungsvoll Dr. Gorodiski.“ — Die Braut hält sich zurzeit bei dem Ouzel in

Niel auf, während die Mutter des jungen Mädchens infolge des Konfliktes innerhalb der Familie herabgefallen ist, daß sie in ein Sanatorium gebracht werden mußte. Es wird angenommen, daß der lange Aufenthalt in den Tropen auf den Gemütszustand des Verstorbenen ungünstig eingewirkt hat.

Die Veranlassung der Aufnahme eines schwerkranken Kindes im Kinderkrankenhaus, über die wir kürzlich berichteten, hatte den Wogistrat veranlaßt, eine Darstellung der Direktion des genannten Krankenhauses zuzusenden, obwohl in erster Linie hierfür die „Deutsche Tageszeitung“ in Betracht kam, der wir die Schilderung entnommen hatten. Wie wir aus der „Dsh. Tagesz.“ erfahren, ist ihr eine solche Darstellung nicht zugegangen. Sie kommt auf Grund unserer Veröffentlichung auf den Fall zurück und macht, entgegen der magistratischen Darlegung, folgende Feststellungen, die unsere sofort geäußerten Zweifel nur bestätigen:

„In Wirklichkeit hatte der Arzt in Südbende vor der Fahrt nach dem Krankenhaus das Kind als schwerkrank bezeichnet. Ebenso äußerte sich ein namhafter Spezialarzt in Steglitz, als die Eltern mit dem kranken Kinde nach hochstündiger Automobilfahrt am 10. Dezember gegen 10 Uhr dort ankamen. Welcher Wert der Untersuchung in Berlin und der Neugierde: von einem schwerkranken Kinde hätte keine Rede sein können, überhaupt bezuglegen ist, erhebt aus der ungläublichen, im Bericht veröffentlichten Tatsache, daß das erkrankte Kind im Krankenhaus auf der Straße untersucht worden ist. Des Weiteren wird in dem sogenannten Bericht davon gesprochen, daß Eltern und Großeltern sich in günstigen Vermögensverhältnissen befänden, so daß eine Isolierung des kranken Kindes durchaus möglich gewesen sei. Demgegenüber steht die Tatsache, daß der Großvater in seinem nicht großen Landhause noch einige Verwandte mit Kindern zu Besuch hatte, so daß eine Absonderung des kranken Kindes nicht möglich gewesen wäre. Die Eltern konnten — wie man meinen sollte — überhaupt nicht in Betracht kommen, weil sie unterwegs waren. Was haben übrigens derartige unglückliche Annahmen mit Krankenbehandlung zu tun? Ebenso die Tatsache, daß Eltern und Großeltern außerhalb Berlins wohnen? Eine öffentliche Krankenanstalt muß in ersten Fällen, besonders in der ersten Not, unter allen Umständen offen sein, ohne daß zuerst der polizeiliche Meldebefehl oder die Steuereinschätzung geprüft wird. In diesem Falle ist dabei zu beachten, daß der Großvater des kranken Kindes seit 40 Jahren in Berlin ein Bankgeschäft betreibt, drei Viertel seiner Einkommensteuer und die Gewerbesteuer 1. Klasse in Berlin zahlt und noch niemals irgend eine kommunale Gegenleistung erhalten oder beantragt hat. Selbstverständlich hätte er auch für die Krankenbehandlung zahlen müssen, wie er an den Verband für erste Hilfe — man lese: erste Hilfe — über 350 Mark für Krankenautomobil u. a. zahlen mußte, ohne Hilfe zu finden. Das Vorwissen gibt auch sonst zur Kritik noch mehrfach Anlaß; allein wir wollen davon absehen, weil wenig Hoffnung auf Änderung besteht. Unser Leser schließt seinen Brief mit den Worten: „Allen Freunden, welche die Redaktion Berlin besuchen, diene dieser Fall zur Warnung.“

Nach diesen Mitteilungen wird die Angelegenheit für die Verwaltung des Kinderkrankenhauses nicht besser. Wenn es wahr ist, daß das schwerkranken Kind im Krankenhaus auf der Straße untersucht worden ist, so dürfte diese Tatsache allein schon geeignet sein, die ärztliche Leitung des Kinderkrankenhauses in einem recht ungünstigen Lichte erscheinen zu lassen.

Eine hitzige Nachtszene spielte sich am Montag im Rudolfs-Wirchow-Krankenhaus ab. Auf der Station 24 im Saale 123 liegen außerlich Kranke, und zwar zumeist jüngere Leute. In der neunten Abendstunde des genannten Tages, als das elektrische Licht bereits erloschen, kamen einige fidele Patienten auf die mit Weißtuch begrützte, aber gegen die Hausordnung verstoßende Idee, die Lichter am Weihnachtsbaum anzusetzen. Bald erstrahlte derselbe auch in hellem Glanze und laute Fröhlichkeit gab sich im Saale kund. Kaum eine Viertelstunde darauf nahte sich, von der zu dieser Zeit ungewöhnlichen Sichtfülle herbeigeleitet, behutsam die rächende Nemesis in Gestalt der Nachtwache. Die Frage, wer den Baum angezündet, blieb unbeantwortet, denn alle hatten die Augen geschlossen und schnarrten mehr oder minder laut. So gleich wurde der „unehörte Fall“ dem au jour habenden Arzt gemeldet, und als auch dieser die Baumfeinde nicht entdecken konnte und nur auf bereites Schweigen sich, wollte er in der ersten Morgenaufwallung sämtliche Patienten des Saales auf der Stelle entlassen. Schließlich gewann der Arzt dieser Szene die heitere Seite ab und bemerkte zur Nachtwache: „Die Herrschaften scheinen die Dunkelheit nicht gerne zu haben, löschen Sie also die Lichter am Baum und stecken Sie alle elektrischen Flammen ein.“ ... Bis Mitternacht dauerte die intensive Helle an, wobei natürlich an Schlaf nicht zu denken war. Bevor die Glühbirnen endgültig erloschen, wurde der Weihnachtsbaum, der am Silvesterabend noch einmal erstrahlen sollte, aus dem Saale entfernt. ... Das war die Strafe für die nächtliche „Insubordination“.

Blutig gerätet hat sich ein Kutscher in Tempelhof an seinem Vorgesetzten, von dem er sich ungerecht behandelt glaubte. In dem Eisenweggeschäft von Riggel u. Hoffe, vormals Otto Weging Nachf., in der Ringbahnstraße zu Tempelhof war bis vor kurzem ein unbedeutender Kutscher Köhler beschäftigt, der entlassen wurde. Seitdem hörte man nichts mehr von ihm. Als nun Mittwoch vormittag um 10 Uhr der Werkmeister Dreher, der mit seiner Familie auf dem Plage wohnt, einen Rundgang machte, um überall nach dem Rechten zu sehen, sprang plötzlich Köhler aus einem Versteck herbei, und feuerte vier Schüsse aus einem Revolver auf ihn ab. Eine Kugel zerschmetterte ihm die Kinne, so daß er schwer, wenn auch nicht lebensgefährlich nach der Charité gebracht werden mußte. Auf die Hilfe des Verwandten ergriff Köhler die Flucht und ließ nach Rücklauf zu. Als er sah, daß er verfolgt wurde und nicht entkommen konnte, richtete er in der Nähe der Gemarkungsgrenze an der Ringbahn die Waffe auf sich selbst und erschöß sich. Seine Leiche wurde beschlagnahmt und nach der Halle gebracht. Man nimmt an, daß Köhler seine Entlassung dem Werkmeister zugeschrieben und sich dafür an ihm rächen wollte.

Zu D-Bug von 13 000 Mark bestellte wurde ein hiesiger Herr auf der Rückreise von London nach Berlin. Er hatte in London geschäftlich zu tun gehabt und dabei 13 250 M. in 10- und 20-Pfundennoten eingetommen. Dieses Geld hatte er in einer Brieftasche in die Gehäufschöße seiner Westkiste gesteckt. Auf der Fahrt hierher in einem Abteil 2. Klasse des D-Zuges besaß er, wie er sich überlegte, in Hannover das Geld nicht. Auf der Weiterfahrt schloß er dann im Abteil etwas ein und als er hier bei der Ankunft auf dem Lehrter Bahnhof wieder erwachte, merkte er, daß ihm die Brieftasche mit Inhalt gestohlen worden war. Bei der Flebdecker ist, weiß man noch nicht. — Stadtbahnflebdecker schnitten am Silvesterabend einem Fahrgast auf der Strecke zwischen dem Schlesischen Bahnhof und Bellevue die Hosentasche aus und stahlen ihm sein Portemonnaie mit 900 M. Als der Bestohlene in Bellevue merkte, was geschehen war, waren die Flebdecker längst verschwunden.

Von einem bedauerlichen Unglücksfall wurde am vergangenen Dienstag die 70-jährige Frau Klopplow aus der Hochstraße 3 betroffen. Frau K. wollte am Morgen des 31. Dezember zwischen 7 und 7 1/2 Uhr den Abort aufsuchen, der sich neben dem Kellerzugang befindet. Die offenstehende Kellertür verdeckte die Klosettöffnung vollständig, so daß die Greisin dadurch irreführt, in der Dunkelheit schlief und bis nach dem Keller führende Steintrappe hinunterstürzte. Auf die Wehrufe der Frau eilten Hausbewohner herbei, brachten sie in ihre Wohnung und holten einen Arzt, der feststellte, daß Frau K. beide Arme gebrochen und eine leichte Kopfverletzung davongetragen hatte. Frau K. erhielt in ihrer Wohnung ärztliche Behandlung. — An derselben Stelle ist vor mehreren Jahren einem Entel der Frau Klopplow der gleiche Unfall zugefallen, der allerdings ohne ernste Folgen blieb. Schon damals wurde der

Wirt darauf hingewiesen, daß der Zustand an der Treppe einer Aenderung bedürfte.

Ein „schwerer“ Diebstahl ist in der vergangenen Nacht in der sog. „Oberprekolkolonie“ verübt worden. Unbekannte Diebe stahlen 24 eiserne Kanalisationskloßschlüssel-Verschlußbedel im ungefähren Gewicht von 12 Zentnern. Obwohl die Spitzbuben zur Fortschaffung der Beute einen großen Lkw benutzten haben müssen, gelang es ihnen, unbemerkt zu entkommen.

Ein schwerer Straßenbahnunfall hat sich am gestrigen Donnerstagvormittag gegen 8 Uhr ereignet. In der Ecke der Alten Schönhauser und Mulackstraße versuchte der Kaufmann Meier J. F. H. unmittelbar vor einem heranannahenden Straßenbahnwagen der Linie 17B das Gleis zu passieren, wurde jedoch umgestoßen. Er erlitt eine flächendeckende Kopfverletzung und Quetschung der Rippen. Nach Auflegung von Notverbanden auf der nächsten Unfallstation wurde der Verunglückte nach der Charité gebracht.

Silvesterarbeit der Feuerwehr. Die Feuerwehren von Groß-Berlin hatten in der Silvesternacht und am ersten Tage des neuen Jahres weit über fünfzig Brände zu beseitigen. Ein Großfeuer brach in der Passauer Straße 29/30 zu Charlottenburg aus und beschlagnahmte die dortige Feuerwehre fast drei Stunden. Es brannte der Dachstuhl des Gartenhauses in ganzer Ausdehnung, und obgleich mit vier Rohren Wasser gegeben wurde, konnte doch nicht verhindert werden, daß der Dachstuhl größtenteils vernichtet wurde. Die Ursache des Feuers ist nicht ermittelt. Außer diesem Feuer hätte die Charlottenburger Wehr noch drei Weihnachtsbaumbrände in der Esplanaderstr. 3, Besalozijstr. 6 und in der Schützstr. 64 abzulöschen. Die Berliner Feuerwehr wurde zu Silvester im ganzen 28mal in Anspruch genommen. In 10 Stellen brannten Weihnachtsbäume (Wassertorstr. 65, Komintener Str. 26, Wicelstr. 31, Reichenberger Str. 123, Ebertstr. 42, Ostender Str. 4, Kreuzbergstr. 49, Marfurtstr. 19, Stendaler Str. 11 und in der Böhmerstr. 51). Ferner hatte die Wehr u. a. im Pharmakologischen Institut der kgl. Universität in der Dorotheenstraße 28 zu tun, wo in dem Heizkeller ein größerer Kesselsteinlofen in Brand geraten war. Die Ablösung erfolgte mit einer Schlauchleitung. Zwei Alarmer waren auf großen Unstug an öffentlichen Feuermelder zurückzuführen (Schreinerstr. 33 und Limburger Straße). Die Täter sind entkommen. Durch vorsichtige Brandstiftung kam in der Gärtniker Straße 30 in einer Wohnung Feuer aus. Die Kriminalpolizei wurde hiervon in Kenntnis gesetzt und hat eine Untersuchung eingeleitet. Die Schönberger Feuerwehr wurde zu fünf Weihnachtsbaumbränden gerufen (Küstner Str. 3, Granastr. 59, Bismarckstr. 1, Ruffhauerstr. 8 und Ruffhauerstr. 2), in der Frankfurterstr. 10 in der Westendstraße 15, Redenburgische Straße 21/23 und in der Wegstraße 37.

Wer ist der tote? Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 27. Dezember 1912 wurde im Festungsgraben der Stille im Gutsbezirk Spandau die Leiche eines unbekanntem etwa fünfzig bis sechzig Jahre alten anscheinend dem Handwerkerstande angehörenden Mannes aufgefunden. Der Tote, der etwa drei Tage im Wasser gelegen hat, ist von kleiner schmächtiger Figur, hat grauemelirtes Haar und Bart, starke bläuliche Augenbrauen, stark beharnte Brust, braune Augen; der linke Unterarmknöchel steht hervor. Bekleidet war die Leiche mit schwarzem Sommerüberzieher, dunklen, zweireihigen Jodetlang, grauen wollenen Strümpfen, schwarzen Gummizugstiefeln. Die Kleidungsstücke tragen die Firma J. Cohn, Breslau, Schweißnägel Str. 37. Zuerstmalige Angaben nimmt die Kriminalpolizei in Spandau sowie hier der 11. Kriminalbezirk, Zimmer 409 III, und jedes Polizeirevier zu Nr. 5051 IV. 50. 12 entgegen.

Gefunden beim Weihnachtsbesingen des Arbeiter-Abfahrervereins „Groß-Berlin“ ein Damenportemonnaie mit Inhalt, ein Tealring.

Gegen den Stellenvermittlungshandelt richtet sich eine Versammlung, die der Zentralverband der Handlungsgehilfen heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147, veranstaltet. Referent ist der Kollege Wehert aus Mündeln.

Verloren gegangen ist bei der Silvesterfeier des Wahlvereins für den dritten Kreis im Gewerkschafts-Haus ein Herrenschirm mit dunkler Holzleiste. Der Finder wird gebeten, den Schirm abzugeben bei Pohl, Raupstr. 30.

Verloren ein Taschmesser. Die Interessenten wollen sich bei Paul Pippow, Regnier Str. 10, melden.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Die Verhältnisse der Ortskrankenkassen in Lichtenberg sind noch immer ungelöst. Anheimend können sich die Aufsichtsbehörden in dem Mangel von Verfügungen und Dekretationen selbst nicht ausfinden. Die bestehenden Ortskrankenkassen haben noch am 30. Dezember in Rücksicht auf die Situation in außerordentlichen Generalsammlungen zu der Frage Stellung genommen und entsprechende Anträge an die Aufsichtsbehörde beabsichtigt. Die Ortskrankenkasse Vordagen-Kummelsburg beantragt das Recht auf Ausgestaltung zur Allgemeinen Ortskrankenkasse nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung. Der Geltungsbereich der Kasse soll der frühere Gemeindebezirk Vordagen-Kummelsburg sein. Zugehörig zur Kasse wären alle nach der Reichsversicherungsordnung Versicherten, soweit sie nicht einer Landkrankenkasse, einer knappschaftlichen Krankenkasse, einer besonderen Ortskrankenkasse oder einer Betriebs- resp. Innungs-Krankenkasse angehören. In einem weiteren Antrage beantragt die Kasse eventuell Zulassung als besondere Ortskrankenkasse. Die Ortskrankenkasse Lichtenberg beschloß die Eingereichte eines Ergänzungsantrages betreffend Zulassung als besondere Ortskrankenkasse oder Ausgestaltung zur Allgemeinen Ortskrankenkasse für den früheren Ortsteil Lichtenberg. Ein schon früher eingereichter Antrag beschwert die Schaffung einer allgemeinen Ortskrankenkasse für den Gesamtbezirk Berlin-Lichtenberg.

Pankow.

Eine Gemeindevertretung am Silvester beschloß die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 228 000 M. bei der Landesversicherungsanstalt Brandenburg, die zur Deduktion von Wasserwerkbaukosten bestimmt ist. — Weiter wurde einer Wändung des die dienstlichen, Gehalts-, Pensions- sowie Winterv- und Wasserwerkverhältnisse der Gemeindebeamten regelnden Ortsstatuts zugestimmt. Nach § 15 dieses Statuts konnten bisher die eintägige, aber auf Kündigung angestellten Beamten auf Beschluß eines aus dem Gemeindevorsteher und den Schöffen gebildeten Kollegiums gesündigt und entlassen werden. Aus Anlaß des Inkrafttretens der Angestelltenversicherung ist nun dieser Bestimmung die weitere hinzugefügt, daß die Kündigung nur beim Vorliegen eines wichtigen Grundes (§ 626 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) erfolgen soll; daß ferner für die Entscheidung über das Vorliegen eines solchen der Rechnungsweg ausgeschlossen ist, und daß endlich die Betroffenen innerhalb 14 Tagen beim Kreisausschuß des Kreises Niederbarnim die Nachprüfung des Beschlusses beantragen können. — Ebenso wurde nach unentschiedener Debatte einstimmig beschlossen, vom 6. Januar dieses Jahres ab den Zinsfuß der hiesigen Sparkasse von bisher 3 1/2 auf 3 1/4 Proz. zu erhöhen. — Der öffentlichen folgte eine geheime Sitzung.

Subars-Waldmannslust.

In den letzten zwei Gemeindevertretungen sollte noch vor Schluß des Jahres Arbeit geleistet werden, und zwar zu gunsten einer Bodenerhebung. Das Ehepaar Kerram am „Steinberg“ wollte die Neue Bodenakriegsgesellschaft bis zum 31. Dezember 1912 käuflich erwerben, wenn die Gemeinde ihren Parzellierungsplan anerkennt und die Befestigung der Straßen zum Teil mit Treppaufsteuerung, sowie die

Regulierung derselben zum Teil mit 6 Meter Dammbreite und einseitiger Berandung mit Gas- und Wassergraben zuläßt. Die Gemeindevertretung lehnte dies ab und verlangte den Ausbau der Straßen nach der im Orte bestehenden Straßenbau-Polizeiverordnung. Die nachmaligen Verhandlungen mit der R. V. A. G. scheiterten vorläufig an diesen Bedingungen. Es konnte deshalb in der Sitzung am 30. Dezember nur beschlossen werden, an der Hauptdurchgangstraße (Prachtstraße) in einer Breite von 33 Metern mit 9 Meter Mittelpromenade festzuhalten und dieselbe in den Bebauungsplan mit aufzunehmen. Der Gemeindevorsteher teilte mit, daß der Landrat in einem an ihn gerichteten Schreiben auf eine Oberverwaltungsgerichtsentscheidung hinweist, nach der die Veranlagung zur Umzugssteuer nicht Sache des Steuerauslaufes ist. Er beantragte deshalb das Wort „Steuerauslauf“ in der Umzugssteuerordnung zu streichen und dafür „Gemeindevorsteher“ zu setzen! Dieses wurde gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen. Ferner wurde beschlossen, alle feuerlöschpflichtigen Einwohner mit einem Jahresbeitrag von 80 M. bei der Brandenburgischen Feuerwehrlaufkasse zu versichern. Der Streit um den Staatsbeitrag für die Stelle des ersten Lehrers an der Schule im Ortsteil Waldmannslust ist noch nicht zu Ende. Dieser Lehrer hat gefordert 100 M. jährlich Zufuß zu fordern, deren Zahlung der Staat verweigert. Die Gemeinde hat bis jetzt 400 M. bezahlt und deswegen das Verwaltungsstreitverfahren eingeleitet. Das Oberverwaltungsgericht hat sich für unzuständig erklärt und die Gemeinde auf den ordentlichen Rechtsweg verwiesen. Die Gemeindevertretung beschloß demgemäß gegen die Regierung den Klageweg zu beschreiten.

Nowawes.

Einen Einbruch in die in der Prieserstraße belegene Verkaufsstelle der Konsumgenossenschaft „Hoffnung“ verübten Diebe in der Neujahrsnacht. Allen Anschein nach hatten sie es auf die Lebenskasse abgesehen, sie fanden diese jedoch leer. Die Diebe müssen bereits am Heiligabend im Geschäftslokal gewesen sein, um sich vorerst zu orientieren; darauf weist nämlich der Umstand hin, daß am zweiten Feiertag bei Geschäftsbeginn der Schlüssel zur Lebenskasse, von der Lagehalter stets an einem bestimmten Platz aufzubewahren pflegte, verschwunden war. Obwohl die sofort benachrichtigte Polizei mit einem Polizeihund am Tatort erschien, war von den Eindringern bisher nichts zu ermitteln.

Einen Reheitsakt verübten in der Neujahrsnacht gegen 9 Uhr einige unbedachte Männer in der Lindenstraße, indem sie einen Mann nach vorausgegangenem Streite mit solcher Wucht in ein Schaufenster des Kullinger'schen Herrenkonfektionsgeschäftes stießen, daß die große, 7 Millimeter starke Scheibe in Stücke ging und die höhere Stange zerbrochen wurde. Als der durch die elektrische Alarmeinrichtung geweckte Geschäftsinhaber erschien, waren die Mordlinge sowohl wie der Hineingestoßene, der stark blutende Verletzungen erlitten haben muß, bereits verschwunden. Merkwürdigerweise ließ sich trotz des Armes kein Polizeibeamter sehen.

Spandau.

Der Verlag des „Spandauer Tageblatts“ ist am 1. Januar an den Verlagsbuchhändler Kurt Gerber in Potsdam, der dort schon zwei Zeitungen herausgibt, übergegangen. An dem Unternehmen sind ferner der bisherige Verleger Gustav Schöb, Rechtsanwalt, und der bisherige Verleger Robert R. Vender hierher beteiligt. Bis zum 1. Februar wird das Blatt in Potsdam und dann hier in eigener Druckerei hergestellt. Die Konservativen tragen sich immer noch mit der Hoffnung auf Wiedereröffnung des Hohenzollernwahlkreises, sie wollen es sich daher etwas leisten lassen, um dem Wähler, das gegenwärtig nur etwa 400-500 Abkommen hat, auf die Beine zu helfen. Ihre Bemühungen dürften indessen vergeblich sein, da die konservativen Ideen unter der hiesigen werktätigen Bevölkerung keine allzu große Begeisterung mehr auszulösen vermögen. Zudem hat sich das Wähler als ein Hauptostginger des Reichsverbandes selbst um die Möglichkeit gebracht, in breiteren Kreisen Eingang zu verschaffen.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Petershagen. Am Sonnabend, 4. Januar, abends 6 Uhr, im Lokale von Ernst Rebel (früher Berle).
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeglieder ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist toden das 14. Heft des 31. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes seien hier hervor: Zum Ehrenfesttage. Von Max Quark, Frankfurt a. M. — Landstucht, Selbstmachung der Landarbeiter und Sozialdemokratie. Von Otto Braun — Die Gewerkschaften in der Wirtschaftspolitik. Von Max Seidel. — Die Zunft als Nutznießer des Dreiklassenwahlrechts. Von Robert Lehner. — Literarische Rundschau: Wilhelmine Köhr, Das stillschweigend verheiratete Mädchen. Von Therese Schlegler.

Arbeiter-Leserverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 5. Januar: Wanderung von Reichenberg durch den Sterneder Forst, kleinen und großen Kälte, Jähnleer, Straußberg. Abfahrt nach Reichenberg vom Briegerer Bahnhof, Reichstraße, früh 5.30.
Arbeiter-Vereinsverein „Berlin“. Wanderfahrt am Sonntag, den 5. Januar, nach Groß-Berren, Spantenhof, Wrensdorf, Ludwigsfelde, Genshagen, Groß-Berren. Abfahrt 6.15 Uhr, Anhalter Bahnhof, Neue Lourenprogramme für das nächste Quartal sind zu haben bei Fritz Kraus, Parliamentstr. 11.
Lehr- und Diskussionsklub „Paul Singer“. Sitzung jeden 1. und 3. Freitag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Raff See. Samariterstraße 17. Nächste Sitzung: Freitag, den 3. Januar, Vortrag: Gäste willkommen.

Wahlkreis Heckenmünde-Neuborn-Wollin. Die Landmannschaft sucht die Parteigenossen, welche aus dem Wahlkreis gehörig sind und hier wohnen, sich zu dem am 5. Januar, im Lokale von Rodrig, Verlagsstr. 24, nachmittags 4 Uhr, tagenbesam Versammlung aus Parteinteresse einzufinden.

Marktbericht von Berlin am 31. Dezember 1912, nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte -- bis -- mittel -- geringe -- (ab Bahn). Fülltergerste, gute Sorte 17,70-18,30, mittel 17,00-17,60, geringe 16,40-16,90. Hafer, gute Sorte 15,80-20,40, mittel 17,10-18,70 (mit Wagen und ab Bahn).

Markthallenpreise. 100 Kilogramm. Weizen, grüne, zum Roden 30,00-30,00, Speisekorn, weiße, 26,00-30,00, Motten 30,00-30,00, Kartoffeln (kleinbl.) 5,00-8,00, 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Kuhle 1,70-2,40, Rindfleisch, Bandfleisch 1,40-1,80, Schweinefleisch 1,60-2,20, Kalbfleisch 1,40-2,40, Hammelfleisch 1,50-2,40, Butter 2,40-3,00, 60 Stück Eier 4,80-7,20, 1 Kilogramm Karotten 1,40-2,40, Kafe 1,60-3,20, Jambier 1,40-3,00, Dörnte 1,40-2,00, Borische 1,00-2,40, Schlete 1,60-3,20, Mele 0,80-1,40, 60 Stück Karble 3,00-34,00.

Wetterprognose für Freitag, den 3. Januar 1913. ziemlich mild, vorwiegend neblig oder wolfig bei lebhaften südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.
Berlin: Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten.

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt von Berliner Wetterbureau

Wasserstand		Wasserstand	
am 1.1.	am 31.12.	am 1.1.	am 31.12.
cm	cm	cm	cm
Remet, Mühl	399 +1	Saale, Großsch	234 -20
Bregel, Jüterburg	137 +5	Daniel, Spandau	84 -4
Wielke, Bism	—	Nathenow	—
Oder, Rathow	228 -12	Spre, Spremberg	116 -10
„Krossen	207 -2	„Bestow	110 +2
„Frankfurt	220 -5	„Weser, Ränden	320 -27
„Waltze, Schrumm	148 -8	„Rindes	450 -30
„Landsberg	145 +15	„Rein, Raguniansan	450 -11
„Rehe, Borsdamm	64 0	„Raub	321 +30
„Elbe, Leimberg	152 -20	„Rau	—
„Dresben	54 -10	„Redar, Gellborn	125 -36
„Berby	346 +14	„Rain, Ganau	—
„Wagdeburg	270 +10	„Rosel, Triet	—

+) + bedeutet Hoch, —Jah. *) Unterpegel.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
Auf der Reise nach Brasilien verstarb unser Genosse, der Mediziner
Karl Kumme
früher Prenzlauer Allee 53, Bezirk 517a.
Ehre seinem Andenken.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
Nachruf.
Am 28. Dezember verstarb unser Genosse, der Tischler
Paul Bräutigam
Bergstraße Nr. 8. — Bezirk 605.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet in Leipzig statt.
Der Vorstand.

Allen Freunden, Bekannten und Parteigenossen die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau
Berta Taßler
geb. Schmidt
am Mittwoch, den 1. Januar, nach langem, schwerem Leiden gestorben ist.
Dies zeigt tiefbetäubt an
Paul Taßler,
Schlammstraße 11.
Die Beerdigung findet am Sonntagabend, den 3. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes, Nordend, aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Am 1. Januar verstarb unsere Genossin, Frau
Berta Taßler
Schlammstr. 11, Bezirk 549.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 4. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Gethsemane-Kirchhofes in Nordend aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
Am Montag, den 20. 12. 1912, verstarb unsere Genossin
Auguste Wendt
Wilhelmshöfener Str. 61, Bez. 715.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes in Südend aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Otto Hegner
Marxhauer Straße 46, im Alter von 56 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 3. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Andreas-Kirchhofes in Hohen-Schönhausen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Banarbeiterverband.
Zweigverein Berlin.
Am 2. Januar starb unser Mitglied, der Violoncellist
Wilhelm Telchert
(Bezirk Weihensee).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 5. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Geminde-Friedhofes in Weihensee, Köpenick, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, sowie die reifen Kranzsendungen bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Robert Hille** sage ich meinen tiefgefühlten Dank, insbesondere Herrn Harndt für die trefflichen Worte am Sarge, dem Transportarbeiterverband und dem Sozialdemokratischen Wahlverein Berlin VI.
Ehrliche Maria Hille.

Wesern verchied plötzlich und unerwartet mein langjähriger Schlossermeister, Herr
Karl König.
Zu Bedauern aufrichtig den Heimgang dieses treuen Mitarbeiters, der meinem Hause seit Jahren angehörte, und werde ich sein Andenken stets in Ehren halten!
Fa. Eduard Jacobsohn, Landwehrstr. 11/13.

Allen Freunden, Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Schlosser
Karl König
am 1. Januar plötzlich und unerwartet an Schlaganfall verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntagabend, nachmittags 3 Uhr, auf dem Zentral-Friedhof in Friedrichshagen aus statt.
Dies zeigt tiefbetäubt an
Die tieftrauernde Gattin.

Zentralverband der Maschinisten u. Heizer sowie Berwäg. Deutschl.
Verwaltungsstelle Groß-Berlin.
Am 1. Januar verstarb unser Mitglied, Kollege
Karl König.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntagabend, den 4. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt. 192/1
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Arb.-Radfahrer-Verein „Vorwärts“
Berlin.
Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, unsere Mitglieder von dem Ableben unseres treuen Freundes und langjährigen Mitgliedes, des Schlossers
Karl König
in Kenntnis zu setzen.
Die Beerdigung findet am Sonntagabend, den 4. Januar, nachmittags 3 Uhr, auf dem Zentral-Friedhofe, Friedrichshagen, Sudstrasse, statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Gemeinsame Ortskrankenkasse für Mariendorf und Umgegend.
Die nach dem 5. Januar 1913 fällig werdenden Kasseneinträge und Einrückgebühren, werden nunmehr auch von den Arbeitgebern in Mariendorf durch einen Kassierer der Kasse abgeholt. Die freiwilligen Mitglieder haben diese jedoch wie bisher, auf ihre Gefahr und Kosten selbst an die Kasse abzuführen.
Berlin-Mariendorf, den 27. Dezember 1912.
Der Vorstand.
Aug. Leip, Schriftführer. Baumler, Vorsitzender.

Verkauf nur im Fabrikgebäude!
Möbel Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt in der Möbelfabrik
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polstererei. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 — Permanente Musterzimmer-Ausstellung. — 35

Neues Jahr — Neues Glück!
Ziehung unwiderruflich 15. Januar
Kösliner Lotterie
4171 Gewinne im Gesamtwerte von Mark
60000
15000
7500
Hauptgewinne
Lose 1 Mark 11 Lose sortiert aus 10 M.
Porto und Liste 25 Pf. extra.
H. C. Kröger, Berlin W8
Friedrichstr. 193 a

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Rudolf Messert
Dennemühlstr. 16, am 30. Dezember an Krebsleiden gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Luther-Kirchhofes in Lankwitz aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Ferner starb unser Mitglied, der Brunnenauger
August Gerbig
Schönleinstr. 28, am 28. Dezember.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf, Ethenacher Straße, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Ferner starb unser Mitglied, der Mechaniker
Wilhelm Kaiser
Blumenstr. 84, am 1. Januar an Lungenerkrankung.
Die Beerdigung findet am Sonntagabend, den 4. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes in der Landwehrberger Allee aus statt.

Nachruf.
Ferner den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Walter Heinrich
Koblenzener Str. 10, am 26. Dezember an Gehirnverletzung gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
110/3 Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.
Ortsgruppe Berlin.
Touren
am Sonntag, den 5. Januar.
2. Abt.: 1 1/2 Uhr: Spandau (Seeburger Str. 26).
3. Abt.: 12 Uhr: Schmetterningslust.
4. Abt.: 1 Uhr: Schmetterningslust.
5. u. 8. Abt.: 1 1/2 Uhr: Glienicke an der Nordbahn.
6. Abt.: 1 Uhr: Köpenick.
7. Abt.: 1 Uhr: Wannsee. 10/1
Starts: An den bekannten Stellen.

Öffentliche politische Versammlungen.
Die Verhandlungen des preussischen Parteitagess finden statt am
Montag, den 6. Januar 1913,
Dienstag, den 7. Januar 1913,
Mittwoch, den 8. Januar 1913,
vormittags von 9 Uhr ab und nachmittags von 3 Uhr ab im Gewerkschaftshause, Engelseufer 15 (Saal 4).
Die Mitglieder der Partei und der Gewerkschaften haben gegen Vorzeigung ihrer Mitgliedsbücher freien Zutritt. — Gastkarten zum Preise von 50 Pf. für die Halbtagskarte sind vor Beginn und während der Verhandlungen im Gewerkschaftshause erhältlich.
Die Eintrittskarten zum Empfangskommers in der „Neuen Welt“ sind vergriffen. Eingehende Besuche können nicht mehr berücksichtigt werden.
Der Einberufer: Eugen Ernst, Tiefenstr. 16.

Josef
JUNO
2 PF.
QUALITÄTS-CIGARETTE

Dr. med. Rud. Weil's
Nährsalz - Bananen - Kakao
Ist wohlschmeckend, äußerst nahrhaft und stopft nicht. Beste Kraftnahrung bei Magen- und Darmstörungen, bei Schwächezuständen, bei Unterernährung und Nervosität. Angenehmstes Fleischbrühegetränk für Gesunde und Kranke. Paket um 1/2 Pfund 1.- M., 5 Pakete 4.75 M., 10 Pakete 9.- M. Probestell gratis u. franko. Zu haben in Apotheken, Drogerien und besseren Kolonialwarengeschäften oder direkt vom alleinigen Fabrikanten:
D. Mader, Berlin S., Prinzenstr. 86.
Verlangen Sie aber ausdrücklich **Dr. Rud. Weils**, weil der beste.
Ausführliche, erklärende Preisliste — über bewährte, vorzügliche Nährmittel, Stärkungsmittel und Getränke für Kranke und Gesunde, Kinder und Erwachsene — bitte zu verlangen.

Goldperle

Verlangen Sie unbedingt
Lief. a. Goldperle
das unübertroffene
Veidlienselpulver
enthält reizende und nützliche
Geschmecke wie Pfeffer, Schokolade,
Gabeln, Löffel, Posternommes
usw.

Pelz-waren
Fabrik und Lager von Stolas, Krawatten, Muffen, Pelzjackets, Pelzen, Kindergarnituren usw.
Nur reelle Ware, von der einfachsten bis zur elegantesten. — Tausende Sachen auf Lager. Auch Einzelverkauf zu billigen Preisen. Sonntags geöffnet.
F. Kalman,
Kürschnerstr.
nur Kommandantenstr. 15, 1. Et., dicht am Moritzplatz.
Tel.: Zentrum 3917. Geogr. 1594.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

Franz Tauer's Festsäle
vorm. Baß
85 Große Frankfurter Str. 85
Ede Parklinienstraße.
Sonnabend u. 1. Osterfesttag
sind zu Vereinsfestlichkeiten noch
Säle zu vergeben.

Tanzschule Richard Heinrich
jetzt: Fürstenhof, Köpenicker Str. 137
Sonntag, den 5. Januar er., nachmittags 3 Uhr:
Beginn der 20. Saison. Aufnahme neuer Schüler jederzeit.
Hochachtungsvoll **Rich. Heinrich.** Teleph.: 406, Neukölln, Weichselstraße 8 (Ideal-Passage).

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Finienstr. 83-85.

Verwaltung: Amt Norden 1967. Kaffierer: Amt Norden 185. Arbeitnachsweis: Amt Norden 1239, 9714.

Sonnabend, den 4. Januar 1913, nachts 12 Uhr, in Dwe. Augustins Festsälen, Dramenstr. 103:

Allgemeine Versammlung der Kino-Operateure Groß-Berlins.

Tagesordnung:
1. Welche Bedeutung hat der 24. Dezember für uns gehabt?
2. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes. 110/2
Wegen der großen Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollständiges Erscheinen unbedingt erforderlich.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.
Montag, den 6. Januar, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen der Bezirke und Branchen.

Die Versammlungslokale werden am Sonntag bekanntgegeben.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Putzer.

Sonntag, den 5. Januar d. J., vormittags 10 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße Nr. 58/59.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht des Vorstandes. 2. Ausschlußanträge, Verschiedenes.
Recht zahlreichen Besuch erwartet Die örtliche Verwaltung.

Sektion der Staaker.

Den Mitgliedern teilen wir hierdurch mit, daß die im „Grundstein“ für Sonntag, den 12. Januar d. J., angezeigte Versammlung umständehalber nicht stattfindet. Das Stattfinden der Versammlung wird später ausdrücklich bekanntgemacht.
140/1* Die Sektionleitung.

Achtung! Thilosche Chöre Achtung!

Orchester-Probe Sonntag, d. 5. Januar, vormitt. 9 1/2 Uhr, Neue Welt.
Um pünktliches Erscheinen aller Sänger ersucht Der Vorstand.



Kronenbock

ein schwach-süßliches Bier von vorzüglicher Gasführung und großer Löslichkeit, ist in allen Flaschen und Büchsen, sowie in allen Gabeln überall zu haben. Einmal probieren und man wird alles sonstigen Ansehen aus den Augen lassen.
Lützow 9122 Friedrichsberg

Act. Jos. Filloßbrauerei Büchsenberg

Die Qualität ist fürwahr garantiert.

Beginn des Ausschusses:
Sonntag, den 3. Januar 1913.

Brauerei Große Frankfurterstr. 67. 23999* | Brauerei von Frau Kolodziej | Schleierstr. 8 III.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 3. Januar 1913.

Anfang 4 Uhr.
Iris. Aufs Matterhorn.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Rgl. Opernhaus. Das Rheingold.
Rgl. Schauspielhaus. Der gekörnte Siegfried. — Siegfrieds Tod.

Deutsches. Der blaue Vogel.
Kammerspiele. Florenza.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.
Iris. Paris und die Königschloßer von Versailles.
Neues Opernhaus (Kroll). Russisches Ballett.

Reising. Tantis der Karr.
Berliner. Filmgänger.
Königsgräber Straße. Die fünf Frankfurter.

Kursfüren-Oper. Der Aufbruch.
Theater am Nollendorfplatz. Die schöne Helena.

Deutsches Opernhaus. Fabel.
Deutsches Schauspielhaus. Mit dem Feuer spielen. — Gläubiger.
Montis Operetten. Der Franchese.

Reines. Professor Bernhardt.
Reines. Die Frau Präsidentin.
Thalia. Puppen.
Schiller O. König Lear.
Schiller. Charlottenburg. Schmetterlingsnacht.

Friedr. Wilh. Schauspielhaus. Der Jaungast.
Luffen. Berlin-Hamburg-New York.
Metropol. Chaussee — ins Metropol.

Komödienhaus. Die Generalde.
Groß-Berlin. Das Fürstentum.
Trianon. Die Erste — Die Beste.
Herrnsfeld. Die Alpenbrüder. Wüstenmoral.

Casino. Am grünen Strand der Spree.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Spezialitäten.
Reichshallen. Bei Vater.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Hofe. Die Sünden der oberen Gehirnrinde.
Lustspielhaus. Graf Seps.
Walhalla. Goldener Lichtschein.

Folies Caprice. In Sachen Kagenstein. Die Doppelfirma.
Die Tochter der Braut.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater. Mutter Landstraße.
Anfang 10 Uhr.
Admiraltheater. Gisdalset: Hirt in St. Moritz.

Zierrawarte, Invalidenstr. 57-62.

Deutsches Schauspielhaus 8 Uhr: Mit d. Feuer spielen Gläubiger.

Schiller-Theater O. Balthasar-Theater.

Freitag, abends 8 Uhr:
König Lear.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Hedda Gabler.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Das Konzert.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Schmetterlingsnacht.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Freitag, abends 8 Uhr:
Die Schmetterlingsnacht.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Die Geschwister. Elga.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Die Jüdin von Toledo.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Wolkenkratzer.

Berliner Theater.

8 Uhr: **Filmzauber.**

Theater in der Königsgräber Straße

8 Uhr: **Die fünf Frankfurter.**

Montis Operetten-Theater (fr. Neues Theater), Amt Norden 1141.
8 Uhr: **Der Frauenfresser.**

Theater am Nollendorfplatz 5.

Abends 8 Uhr.

Die schöne Helena.

8 Uhr: **Residenz-Theater.**

Die Frau Präsidentin.

(Madame la Présidente).
Schwanh. 3 Akt v. Hennequin u. Weber.
Rorig. u. folg. T.: Die Frau Präsidentin.

Luisen-Theater.

Freitagabend 8 Uhr: Berlin-Hamburg-New York.
Sonabend nachm. 4 Uhr: Premiere: Der Sandmann kommt. (Kindevorstellung)
Abends 8 Uhr: Berlin-Hamburg-New York.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Kaffee.
Abends 8 Uhr: Berlin-Hamburg-New York.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
„Bei Vater“.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr: (zu ermäß. Preisen)
„O Tanneboom!“

Reichshallen-Theater

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Berlin.
Branche der Schmiede, Kesselschmiede und Schweißer.
Sonnabend, den 4. Januar 1913:
Großer Wiener Maskenball
in Bockers Festsälen, Weberstraße 17,
wazu alle Kollegen und Mitglieder einladet Das Komitee.
NB. Billets sind bei den Vertrauensleuten sowie in den mit Plakaten belegten Zahlstellen zu haben.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.
Täglich 8 Uhr:
Die Sünden
der oberen Gehirnrinde.
Sonabend 4 Uhr: Nischenbrödel.
Sonntag 3 Uhr: Kabale und Liebe.

Metropol-Theater

Chauffeur — ins Metropol!
Große Jahrebrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern.
Otto Reutter a. G.
mit gänzlich neuem Repertoire!
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Voigt-Theater.

Gesundbrunnen, Bobstr. 58.
Freitag, den 3. Januar 1913:
Am
Versöhnungsfest.
Schauspiel in 5 Akten von D. Sylvester.
Kasseneröffnung 7 Uhr, Anf. 8 1/2 Uhr.

„Clou“ :: Berliner ::

Konzertthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Musik. 1. Garde-Dräger-Regts., Leiter: Oberm. Baars
und Zillerthal und Tegernseer Sänger,
Schuhplattler und Jodler!
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen:
Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt.

Urania

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
4 Uhr: Aufs Matterhorn!
Abends 8 Uhr:
Paris und die Königsschlösser von Versailles.
Das Verzeichnis der naturwissenschaftl. Hörsaalvorträge im I. Quartal 1913 ist erschienen und kostenlos erhältlich.

Apollo Theater

Abends ab 8 Uhr!
Neues Programm:
8 1/2 Uhr:
„Brüderlein fein“.
Alt-Wiener Singspiel von Jul. Wilhelm. Musik v. Leo Fall.
Mizzi Paris, Jda Ruzska, Erich Deutsch-Haupt v. Joh.-Strauß-Theat. in Wien.

Herrnsfeld Theater

Sämtliche Herrnsfeld - Schlager übertroufen!
Wüstenmoral
Die Alpenbrüder
mit Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.
Anf. 8 Uhr. Vorderl. 11-2 (Theaterl.)

Casino-Theater

Reitberger Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Die neue Lokalposse:
Am grünen Strand der Spree!
Sonntag nachm. 4 Uhr: Die verhängnisvolle Karte.

Theater Königstadt-Casino.

Gde Holzmarkt u. Alexanderstraße.
1 Minute v. Bahnh. Bannowischstraße
Tägl. abds. 7/8, Sonnt. 7/8 Uhr:
Einer Mutter Sohn.
Vollständ. in 1 Akt — und das groß. Spezialitätenprogramm
Feb. 1. u. 18.: Programmwechsel.

Zirkus Busch.

Heute, Freitag, den 3. Januar:
Abends 7 1/2 Uhr:
Größe Sensation des Tages!
Mac Norton, der Unersättliche verzehrt jede Menge v. Weichtieren wie Frösche, Fische, Eidechsen, welche er lebend bei sich behält und auf Kommando lebend wieder zu Tage fördert.
Mac Norton trinkt jede belieb. Quantität von Flüssigkeiten, sowie die neuen Jan.-Spezialitäten.
Toulouse, Balance-Akt.
Geschw. Carré, Reitkünstlerinnen.
Die große Prunk-Pantomime
„Sevilla“
Avis! Sonntagnachm. 3 1/2 Uhr:
„Unter Gormias“.
Jeder Erwachsene ein Kind unter 10 Jahr. frei auf allen Sitzplätzen.

Zirkus Albert Schumann.

Heute, Freitag, den 3. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
Um 9 1/2 Uhr:
Der unsichtbare Mensch.
4 Bilder aus Indien.
Neu: Sensationsstücke! Neu!
Löwe auf Elefant!
Der einzige Löwe, welcher mit einem Elefant zusammenarbeitet, da bekanntlich diese Tiere sonst in tödlicher Feindschaft leben u. es noch keinem Dompteur gelungen ist, diese beiden Tiere in einem Dressurakt zusammen zu bringen.
Mis Belloni mit ihren dress. Papageien u. Kakadus.
The 5 Loyds, Wild-West-Akt.
Eine Kegelpartie zu Pferde.
Erfunden v. Dir. A. Schumann.

Folies Caprice.

Die Novitäten:
In Sachen Kagenstein.
Die Doppelfirma.
Die Tochter der Braut.

Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:
Die Erste — Die Beste!
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der jellige Loupinc.

Neue Welt

Arnold Scholz Hasenheide 108-114
Von Sonntag, den 5. Januar, an täglich: in sämtlichen Festsälen, 10 000 Personen fassend:

Das weltstädtische, großzügige, amüsante **Bockbier-Fest** in den bayerischen Alpen.
Sonntags: Fünf Kapellen. Entree 30 Pf. Sonntags 50 Pf.

Alpenzauber
Baron Muckls urwüchsige Bauernkapelle
Madame Sissis Oberlandler Bläserorchester
Original-Loisachler aus Garmisch-Partenkirchen
30 bayerische Madln
Die romantische Vergnügungssalm
Rutschbahn, Jodelbahn
Hippodrom, Wasserrfall
Alpenglühden, Gletschersturz
Wellenbad, Gebirgsstraße
Wunderbare Alpen-Dekoration!
Dienstag, den 7. Januar:
1. Damen-Prämierung!
Donnerstag, d. 9. Januar:
Keine Fleischnot!
Braten eines ganzen Ochsen!
Portion 80 Pfennig.

Berantwortlicher Redakteur: Alfred Diepp, Reutlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.